: antifaschistische nachrichten Nr. 14

g 3336 13.7.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Die Welt zu Gast – aber nur, wenn die Brieftasche gefüllt ist

BERLIN. Da waren's nur noch 22: Zwei von den 24 Mannschaften, die an der ersten Straßenfußball-Weltmeisterschaft in Berlin teilnehmen wollten, erhielten kein Visum. „Die Jugendlichen aus Ghana und Nigeria müssen draußen bleiben, weil ihnen eine fehlende „Rückkehrbereitschaft" unterstellt wird, so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag. „Die Verweigerung der Visa für die jugendlichen Straßenfußballer aus Ghana und Nigeria ist peinlich für die Bundesregierung und schädlich für die beteiligten Projekte des Netzwerks ‚Streetfootballworld'. Die Welt zu Gast bei Freunden – dieser Slogan muss wohl korrigiert werden: Willkommen ist hier nur die reiche Welt. Denn nicht nur den Jugendfußballern, auch vielen Fans aus afrikanischen Staaten wurden die Visa verweigert. Die so genannte Rückkehrbereitschaft wird schematisch nach der finanziellen Situation der Antragsteller entschieden. Und da fallen eigentlich alle durch das Raster, die ledig sind und deren Einkommen nicht zu mehr als zum Überleben reicht.

Immer mehr Familien leiden unter dieser restriktiven Praxis der Botschaften bei der Visa-Vergabe leiden. Großeltern wird die Einreise zur Taufe ihrer Enkelkinder verweigert; Eltern dürfen nicht zur gemeinsamen Weihnachtsfeier einreisen; selbst Menschen, die seit Jahren regelmäßig ihre Verwandten besucht haben und pflichtgemäß wieder ausgereist sind, wird plötzlich die Einreise verweigert.

Dass die Bundesregierung erst Straßenkinder einlädt und ihnen dann die Visa mit der Begründung verweigert, die Kinder seien zu arm, offenbart, wie heuchlerisch die offizielle Gastfreundschaft ist. Es kann nicht sein, dass die Erlangung eines Visums einzig durch die soziale Herkunft der Antragsteller/innen entschieden wird. Die Fraktion DIE LINKE. wird sich im Bundestag für eine Abkehr von dieser restriktiven Visa-Politik einsetzen."

Ulla Jelpke, MdB
ulla.jelpke@bundestag.de ■

Aus dem Inhalt:

Keine Entwarnung!

Nazi-Aufmarsch in München am 1. Juli abgesagt – der nächste ist bereits für den 19. August angemeldet

MÜNCHEN. **Für den 1. Juli gaben die Nazis ihren Demonstrationsplan auf, mit staatsmännischer Geste – man wolle die Sicherheitskräfte in den Tagen der WM nicht überbeanspruchen. Gleichzeitig wurde für den 19. August, den Todestag des Nazi- und Kriegsverbrechers Hess, ein neuerlicher Aufzug angemeldet.**

Die Nazis glorifizieren Hess, der vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal verurteilt worden war, als „Märtyrer für Deutschland". Die rechtliche Be- und Verurteilung der Nazis durch ein Gericht mit weltweiter Legitimation hat wichtige Grenzen staatlichen Handels bzw. der Zielsetzung von Parteien gezogen. So z.B. die Ächtung der Vorbereitung des Angriffskriegs als Verbrechen, die Illegalität rassistischer Gesetzgebung und vieles andere mehr. In diesen Akten steht eben nicht nur, dass der Faschismus ein Verbrechen sei, sie halten fest, um welche Verbrechen es sich im einzelnen gehandelt hat. Mit der Glorifizierung Hess' versuchen die Nazis aus der gesicherten Beurteilung: Faschismus, keine Meinung, sondern ein Verbrechen – eine politisch und vor allem rechtlich bedeutungslose Phrase zu machen, indem sie dem Leben und Wirken des verurteilten Nazi- und Kriegsverbrechers huldigen und sich dabei von den Behörden schützen lassen. Eine Platzierung des Hess-Kultes in München mit seiner Geschichte als Brut- und Hauptstadt der Nazi-Bewegung würde zur Stabilisierung der Nazi-Tradition erheblich beitragen.

Auf der Kundgebung am 1. Juli, die trotzdem stattfand sprach u.a. Angelika Lex von der Initiative Bayerischer Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger: „...Viele tausend Münchnerinnen und Münchner haben es in den vergangenen Jahren schon 2 mal geschafft, einen Naziaufmarsch zu stoppen. ... Und das werden wir uns auch weiterhin nicht nehmen lassen, auch wenn in München ein Klima herrscht, in dem durch die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft München I regelmäßig nicht die Nazis sondern die verfolgt werden, die den Nazis entgegentreten.

So hat die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft München I die Auffassung vertreten, dass ein Transparent mit der Aufschrift „Nationalsozialismus" kein Problem darstellt.

So hat die Staatsanwaltschaft München I nach der Festnahme von Martin Wiese die Auffassung vertreten, dass hier keinerlei Strukturen einer rechtsradikalen Vereinigung zu erkennen sind. Wiese, der Leiter der Kameradschaft Süd wurde inzwischen



Martin Löwenberg, VVN-BdA, sprach ebenfalls am 1. Juli auf dem Marienplatz

wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung zu 7 Jahren Haft verurteilt, nachdem die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen übernommen hat. ... Und hier in München werden von der Staatsanwaltschaft München I diejenigen verfolgt, die sich wehren gegen das Wiedererstarken des Nationalsozialismus, die sich dem braunen Spuk entgegenstellen ... (Sie werden) mit Ermittlungsverfahren überzogen und zum Teil auch verurteilt, so wie z.B. der KZ-Überlebende Martin Löwenberg. Sie werden verurteilt, dafür dass sie aufrufen, sich den Nazis friedlich in den Weg zu stellen, dafür dass sie den Nazis die Rote Karte zeigen und dafür dass sie gegen Naziaufmärsche protestieren. Diese Staatsanwaltschaft wird also keinen Beitrag dazu leisten, dass München auch in Zukunft nicht zu einer „no go area" verkommt und eine Stadt bleibt, in der Ausländer willkommen sind. Dafür braucht es das Engagement der Münchner Bürgerinnen und Bürger." *Lokalberichte München 14-2006* ■

An Immobilien interessiert

MONSCHAU. Die Anhänger des 1988 exkommunizierten Traditionalisten-Bischofs Marcel Lefebvre sind offenbar an einer Übernahme des früheren Klosters Gut Reichenstein, das zwischen Kalterherberg und Mützenich liegt, interessiert. 25 „Benediktiner“, der Name ist gesetzlich nicht geschützt, aus dem französischen Kloster Bellaigue stünden für eine Wiederbesiedlung des Gutes bereit, heißt es in der lokalen Presse. Die Stadt Monschau sprach bereits von einem „Glücksfall“. Vielleicht würden die Verantwortlichen in der Stadt Monschau ein anderes Urteil abgeben, wenn sie die Schriften der Lefebvre-Anhänger gelesen hätten. Dort ist die Rede von „vollends liberalen und zerstörerischen Kräften“ die sich einig seien „in ihrem Vorgehen zum Verderben der Kirche“. Diese hätten geplant, die Päpste künftig nicht mehr zu beseitigen, sondern sie „umzudrehen“, damit diese als „Sprachrohre der Freimaurerei und Förderer der Revolution agieren“ können, heißt es in der Juli-Ausgabe des „Mitteilungsblattes“ der Lefebvre-Anhänger von der „Priesterbruderschaft St. Pius X.“.

Die „Freimaurer“ hätten die „Päpste nach ihren Bedürfnissen schließlich bekommen“. Aber nicht nur durch Liberale und Freimaurer sehen sich die Lefebvre-Anhänger bedrängt. „Bomben zu werfen auf die Herkunftsländer oder die Glaubensgenossen der nicht integrierten Ausländer in Deutschland wird notwendigerweise zu einer massiven Verschärfung des Konflikts in Deutschland führen“, heißt es in einem anderen Beitrag. „Unter diesem Gesichtspunkt“ sei „Frau Merkel ein weiterer Unsegen für das Land“. Das „trojanische Pferd“ sei, „dank fünfzig Jahre langer falscher Einwanderungspolitik“ bereits „innerhalb der Mauern“. Dass Muslime keine „richtigen Franzosen“ sein könnten, hatte schon der Begründer der „Priesterbruderschaft“, Marcel Lefebvre, behauptet. Dafür wurde er 1991 rechtskräftig zu einer Geldstrafe wegen „rassistischer Äußerungen und Anstiftung zum Rassismus verurteilt.

Das Gut Reichenstein scheint nicht die einzige Immobilie zu sein, auf die die „Priesterbruderschaft“ ein Auge geworfen hat. Dem Vernehmen nach gibt es auch Kaufabsichten für die Theresienkirche in Aachen. Bislang führen die Lefebvre-Anhänger ihre Gottesdienste in der Kapelle St. Petrus Canisius in der Nähe des Ponttores durch. *hma* ■

Räume angemietet

MÖNCHENGLADBACH. Nach Informationen der VVN-BdA Mönchengladbach-Grenzland hat die NPD in Mönchengladbach Räume auf der Josef-Drauschke-Straße im Stadtteil Holt angemietet. Diese sollen künftig als Büroraum und Treffpunkt genutzt werden. Die Renovierung der Räume hat bereits begonnen. Mit einer baldigen Eröffnung wird gerechnet. In einem Schreiben an zahlreiche Organisationen und Parteien hat die VVN-BdA zu Protesten gegen den geplanten Neonazitreff und zur Gründung eines breiten Bündnisses aufgerufen. Die Mönchengladbacher NPD ist seit der letzten Kommunalwahl mit zwei Abgeordneten im Rat der Stadt vertreten. Dort glänzen sie überwiegend durch ihre Abwesenheit. *peb* ■

NPD unterwandert Kleinstadt

Wie Panorama vom 29. Juni berichtete, fand unbemerkt von vielen in den letzten Monaten eine Art „braune Siedlungsbewegung“ statt: Aus ganz Deutschland zogen NPD-Aktivisten in die Region um Lübtheen, einer Kleinstadt in Mecklenburg-Vorpommern. Viele von ihnen Handwerker und Kleinunternehmer - vermeintlich respektable Bürger also. Jetzt hat der Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern begonnen, und viele der Zugezogenen entpuppen sich als Organisatoren des NPD-Wahlkampfs. Und es könnte noch schlimmer kommen: In Lübtheen soll, so der Plan der NPD, eine Art Zentrale und Kaderschmiede der Partei aufgebaut werden. Inzwischen hat sich bei einigen Lübtheener Widerstand formiert, aber die ungebetenen Neubürger werden sich nicht so leicht aus der Stadt vertreiben lassen.

Der Text der Sendung kann auf der Webseite von „Panorama“ heruntergeladen werden: http://www.ndrtv.de/panorama/archiv/2006/0629/npdkleinstadt.html ■

Holger Apfel Wahlkampfleiter

MECKLENBURG-VORPOMMERN. Die NPD hat den stellvertretenden Parteivorsitzenden und Chef der sächsischen Landtagsfraktion Holger Apfel mit der Leitung ihres Wahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern beauftragt. Da die Partei sich besondere Chancen in der Region Vorpommern ausrechnet, liegt die Wah1kampfzentrale in Anklam.

In die Wahlkampfstrategie der NPD reihen sich auch ihre geplanten Aktionen gegen den Besuch von US-Präsident Bush am 14. Juli in Stralsund ein. Auf einer rechten Internetplattform heißt es, dass der Besuch für nationale Kreise eine einzigartige Gelegenheit sei, zu zeigen, was sie von der Kriegspolitik der USA und ihrer „bundesdeutschen Kanzlervasallin Angela Merkel“ halten.

Newsletter der AG Rechtsextremismus / Antifaschismus der Linkspartei. PDS Antifa aktuell 6/2006 ■

Rassistische Gewalt nimmt auch im Ausland zu

Nach Angaben des Moskauer Forschungsinstituts SOWA kamen 2005 in Russland bei rassistischen Attacken 28 Menschen ums Leben, 336 wurden verletzt. Auch in der jüngsten Zeit wurden in russischen Städten dunkelhäutige Ausländer, aber auch Armenier und Tadshiken Opfer rassistisch motivierter Schläger. Bei diesen handelt es sich zumeist um Mitläufer des rechtsextremen Skinhead-Milieus, das mit neonazistischen Splittergruppen verfilzt ist und dem etwa 50.000 junge Russen zugerechnet werden.

In der kroatischen Hauptstadt Zagreb griffen zwei Skinheads den Ober-Rabbi von Zagreb nahe des Sitzes der jüdischen Gemeinde an. Sie trugen T-Shirts mit Hakenkreuzen, hoben die Hände zum Nazigruß und schrieen „Juden raus!“

Newsletter der AG Rechtsextremismus / Antifaschismus der Linkspartei. PDS Antifa aktuell 6/2006 ■

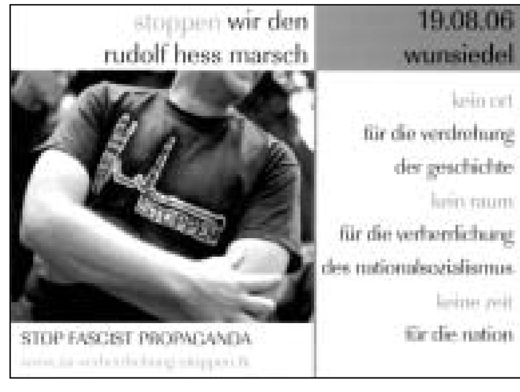
Rechtsextreme treffen sich in Dresden-Pappritz

DRESDEN. Die „Deutsche Stimme“, das Blatt der rechtsextremen NPD, will ihr Pressefest am 5. August in Dresden-Pappritz, wenige Hundert Meter neben dem Wohnsitz von Sachsens Regierungschef Georg Milbradt (CDU) feiern. Das bestätigten Verlagsgeschäftsführer Jens Pühse und das Ordnungsamt gegenüber der Sächsischen Zeitung auf Anfrage. Man rechne auf dem Gelände um die Tennishalle mit 4 000 Besuchern. Im ostsächsischen Mücka gehörten die Veranstaltungen in den letzten Jahren zu den größten Treffen von Rechtsextremisten. Sie verliefen weitgehend störungsfrei. Im Internet werben die Veranstalter für das Treffen 2006 erneut mit rechtsextremen Politikern wie den NPD-Chefs Udo Voigt und Holger Apfel. Auch Szeneanwälte wie Jürgen Rieger und Hajo Herrmann und Liedermacher Frank Rennicke sollen zu Wort kommen.

Quelle: Sächs. Zeitung 4. Juli 2006 ■

Rassistischer Übergriff

DÖLLSTÄDT. Am Montag, den 3. Juli 2006 wurde in Döllstädt/Landkreis Gotha ein 17-jähriger Jugendlicher mit dunkler Hautfarbe bei einem rassistischen Angriff verletzt. Der Jugendliche befand sich in der Bahnhofstraße vor dem Haus seines Freundes. Plötzlich hielt ein PKW auf seiner Höhe. Der Bei-



fahrer und eine hinter ihm sitzende weibliche Person stiegen aus. Beide beschimpften den 17-Jährigen als „Nigger“ und „schwarzes Schwein“. Zudem schlug der männliche Täter ihm mit der Faust ins Gesicht und zerriss sein T-Shirt. Durch die Schläge wurde er an beiden Augen und im Mundbereich verletzt. Die Kripo Gotha konnte die Täter inzwischen ermitteln und leitete Ermittlungsverfahren ein. *Quelle: MDR online* ■

Protest gegen „Ostdeutsche Kulturtage“

JENA. Ein Dutzend vorwiegend junger Menschen protestierte am 30. Juni gegen die Abschlussveranstaltung der „14. Ostdeutschen Kulturtage“ des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Volkshaus in Jena. Sie entfalteten vor dem Veranstaltungsort ein Transparent „Deutsche Täter sind keine Opfer“ und stellten ein aus Pappe konstruiertes Panzermodell der alliierten Befreier auf den Vorplatz.

Hunderttausende Euro verschwende die Landesregierung jährlich, so die Protestierenden, zur Förderung einer sogenannten ostdeutschen Kultur, während das Geld für aktuelle Kulturprojekte in Ostdeutschland fehle. Entgegen der Behauptung des Thüringer Sozialministers Dr. Klaus Zeh existiere diese Kultur wegen der Assimilation der nach Kriegsende geflüchteten und umgesiedelten Deutschen in Wirklichkeit seit Jahrzehnten nicht mehr.

Tatsächlich ginge es weniger um Kultur als um ein neues Bild der deutschen Geschichte. „Der Minister verharmlost mit seinen Äußerungen über „das nach 1945 fortdauernde Unrecht“ die Verbrechen des Nationalsozialismus und leugnet die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse der Alliierten“, kritisiert Sprecher Johannes Schäfer. Die Demonstrierenden erinnerten auch an die inakzeptablen Äußerungen des ehemaligen Landesvorsitzenden Paul Latussek und anderer Vorstandsmitglieder, mit denen der Holocaust in Frage gestellt wurde.

Weiter empörte die Protestierenden, dass es im Thüringer BdV und seinen Untergliederungen keine Abgrenzung von Rechtsextremisten gibt. Als Vertreter der „Landsmannschaft Schlesien“ und ihrer Jugendorganisation „Schlesische Jugend“ (SJ) wurde 2003 der ehemalige Pressesprecher der rechtsextremen „Burschenschaft Normannia zu Jena“ in den Landesvorstand aufgenommen. In der Bad Salzunger Kreisgruppe der SJ arbeiten führende Vertreter der NPD und des Neonazinetzwerkes „Nationales und Soziales Aktionsbündnis Westthüringen“ (NSAW) mit. Wenn angesichts dessen Minister Zeh die „Vertriebenen“ in seinem Grußwort zur Geschlossenheit aufrufe, gebe er den Neonazis Rückendeckung.

infoladen@japs-jena.de ■

Rechtes „Fest der Völker“ verhindern!

JENA. Am 10. Juni wollen Neonazis zum zweiten Mal eine europaweite Großveranstaltung in Jena durchführen. Das darf nicht geschehen! Beim sogenannten „Fest der Völker“ sollen Redner und Bands aus verschiedenen Ländern vor ihren Anhängern auftreten. Bei Bier und Bratwurst, untermalt von Totschlagslyrik und -prosa, wollen die Neonazis auf dem Seidelplatz Stärke demonstrieren und ihren Zusammenhalt festigen. Hinter der Anmeldung der Versammlung steht die verbotene Organisation Blood & Honour (Blut und Ehre).

Dieses „Fest“ steht in einer Reihe von Veranstaltungen in Thüringen (2005 waren es mindestens 40). Vorausging bereits der „5. Thüringentag der nationalen Jugend“ am 20. Mai 2006 in Altenburg.

Vor einem Jahr besetzten Hunderte Menschen den Gries, wo das erste „Fest der Völker“ stattfinden sollte. Ihr Einsatz erzwang die Verlegung der Veranstaltung. Anschließend zogen 6.000 Menschen aus Protest zum „Braunen Haus“ in Altlobeda. Knüpfen wir an diesen Erfolg an! Stellen wir unsere Überzeugung, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben, dem Rassismus und Antisemitismus der Neonazis entgegen! Stellen wir uns den Neonazis entgegen! Kommt alle am 10. Juni 2006!

Antifaplenum Jena: Aktionsbündnis gegen Rechts Jena, ASJ, IG-Metall Jena, Infoladen Jena, JAPS Jena, JG-Stadtmitte, Kokont Jena, Studentenräte der FSU und FH und Einzelpersonen ■

Den kompletten Aufruf als PDF gibt es als Download: http://www.nazis-stoppen.tk

„Mit der Kraft des Fußballs gegen Rassismus“

BERLIN. Fußball bekämpft Rassismus. „Wir kämpfen gegen diesen Teufel, der leider immer noch einen Platz hat in unserem Sport“, versprach Joseph Blatter, der Präsident des internationalen Fußballverbandes (Fifa) am Mittwoch in Berlin. „Der Enthusiasmus und die Ausstrahlung der WM freuen uns und zeigen, welche Verantwortung wir innerhalb und außerhalb des Spiels haben, Rassismus und Diskriminierung anzugehen und zu stoppen.“ Insbesondere in Europa leide der Fußball unter Rassismus.

Vor den Viertelfinalspielen am Freitag und Samstag verlasen die Mannschaftskapitäne vorbereitete Texte, in denen es heißt: „Ich erkläre, dass wir von ganzem Herzen jede Art von Rassismus oder Diskriminierung ablehnen, egal ob auf dem Spielfeld oder außerhalb. Mit der Kraft des Fußballs können wir dazu beitragen, Rassismus aus dem Sport und aus dem Rest der Gesellschaft zu tilgen.“ Die Fifa erklärte die Runde der letzten acht zu Fifa-Antidiskriminierungstagen.

Der südafrikanische Menschenrechtler Tokyo Sexwale, 14 Jahre lang gemeinsam mit dem späteren Präsidenten Nelson Mandela auf Robben Island inhaftiert und heute Mitglied des Organisationskomitees der Weltmeisterschaft 2010, forderte die Fifa auf, Südafrikas Kampf für Gleichberechtigung und Demokratie – den er mit der Vergabe der WM in das Land am Kap belohnt sieht – zum Beispiel zu nehmen. „Sport und Fußball spielen eine entscheidende Rolle für die Einheit“, sagte er und zitierte den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, mit dem Satz, die positive Wirkung des Fußballs sei größer als die der UN selbst. „Die WM fördert den Weltfrieden“, ergänzte Sexwale. Kinder müssten ermutigt werden, Nein zu Rassismus zu sagen.

Die Fifa hat im April unter Zustimmung ihrer 207 Mitgliedsverbände ihr Reglement um Disziplinarstrafen für rassistische Äußerungen und rassistisches Verhalten ergänzt. Sie betreffen Spieler, Offizielle und Zuschauer und umfassen Geldstrafen sowie Spiel- wie Stadionsperren. Blatter sagte, das Exekutivkomitee der Fifa sei verpflichtet, darauf zu achten, dass alle Mitglieder diese Regeln übernähmen und befolgten. Sei dies nicht der Fall, drohe im schlimmsten Fall die Suspendierung des nationalen Verbandes. Der neue Artikel 55 beginnt mit dem Satz: „Wer öffentlich die Menschenwürde einer anderen Person durch herabwürdigende, diskriminierende oder verunglimpfende Äußerungen in Bezug auf ihre Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion oder Herkunft verletzt, wird für mindestens fünf Spiele auf allen Ebenen gesperrt.“

Quelle: F.A.Z vom 29. Juni 2006 ■

Innenminister verbietet Neonazi-Verein

POTSDAM. Das Innenministerium Brandenburg hat jetzt den Verein „Schutzbund Deutschland“ verboten, der bereits

seit einiger Zeit mit neonazistischen und rassistischen Propagandaaktionen aufgefallen war. So erregte im Frühjahr ein Flugblatt deutschlandweite Aufmerksamkeit, auf dem der in Ghana geborene deutsche Nationalspieler Gerald Asamoah karikaturhaft porträtiert und verunglimpft wurde: „Du bist nicht Deutschland“. Nach einer Strafanzeige des Deutschen Fußballbundes hatte das Landgericht Berlin am 23. Mai dem „Schutzbund“ untersagt, das Plakat in Umlauf zu bringen. Die Staatsanwaltschaft Neuruppin ermittelt seither gegen acht der 13 namentlich bekannten Mitglieder des braunen Vereins wegen Volksverhetzung und Beleidigung, darunter ist auch der Ex-NPD-Landeschef und parteilose Abgeordnete im Kreistag Prignitz, Mario Schulz. Der 40-Jährige gilt als führender Kopf des „Schutzbundes“.

Brandenburgs Verfassungsschutz-Chefin Winfriede Schreiber erklärte zu dem Verbot, dass der Verein seine neonazistischen und rassistischen Propaganda-Aktivitäten zur Fußball-WM deutlich gesteigert habe. Dies sei ein Grund gewesen, dass man gerade jetzt „zugeschlagen“ habe. Zum Beispiel habe der Verein im Internet für die Aufstellung von fremdenfeindlichen Propaganda-Plakaten mit der Aufschrift „Stop! No go Area“ geworben, die als Warnung für ausländische Gäste benutzt werden sollten. Das Flugblatt sei in Brandenburg weitflächig verbreitet worden.

Parallel zur Übergabe der Verbotsverfügungen fand eine Großrazzia statt, bei der in 13 Wohnungen und Räumlichkeiten große Mengen Propagandamaterial entdeckt wurden. Mehrere zehntausend Flugblätter, Plakate und Aufkleber sowie eine komplette hochprofessionelle Druckerei seien sichergestellt worden, so Innenminister Schönbohm. Man habe auch nationalsozialistisches Propagandamaterial, NSDAP-Aufkleber und einen Totschläger beschlagnahmt. Das Vereinsvermögen wurde eingezogen. Insgesamt waren 250 Beamte an der Razzia beteiligt.

Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes besteht der Verein seit Anfang 2005. Er ist eine Nachfolgeorganisation der „Bewegung Neue Ordnung“, die sich 2004 von der NPD abgespalten hat, weil ihr diese „nicht rassistisch genug“ war. Der jetzt verbotene „Schutzbund“ weist laut Verfassungsschutz „eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus auf“. Forderungen aus NSDAP-Programmen seien teilweise wörtlich übernommen worden wie auch Bilder aus der Wahlwerbung der NSDAP. Das verbreitete Schriftgut habe „auf die Ausweitung des deutschen Lebensraums und auf Exzesse gegen Nichtdeutsche“ gezielt.

Die Druckerei befand sich im ehemaligen Dorfkonsum von Alt-Krüssow, einem Ortsteil von Pritzwalk. Von den insgesamt 13 Vereinsmitgliedern, denen die Verbotsverfügung zugestellt wurde, leben zwei in Pritzwalk. Gemietet hat das Druckerei-Gebäude Mario Schulz, der im nicht weit entfernten Kumlosen wohnt. Drei weitere Vereinsmitglieder stammen aus Wittstock, je einer aus Wittenberge, Neustadt/Dosse, Neuruppin, Belzig, Potsdam, Halle an der Saale. Einer ist inzwischen nach Berlin verzogen, wo ihm die Verbotsverfügung zugestellt wurde.

Quelle: Mut gegen rechte Gewalt ■

Leyen und der „ACP“

HANNOVER. Ursula von der Leyen (CDU), Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, hat der Zeitschrift des rechtskonservativen „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“ (ACP) ein Interview gegeben. In der Vergangenheit waren bereits „Republikaner“-Chef Rolf Schlierer, der frühere Waffen-SS-Mann Franz Schönhuber und Jörg Haider in der Zeitschrift zu Wort gekommen. Auch der Vater der Familienministerin, der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) hatte Verbindungen zum „ACP“.

hma ■

„Revisionismus“ im FPÖ-Umfeld

WIEN. Seit einiger Zeit ist im Internet eine Homepage österreichischer Provenienz abrufbar, auf der massiv für eine DVD-Dokumentation mit dem Titel „Geheimakte Heß“ geworben wird. Dabei handelt es sich um einen geschichtsrevisionistischen Film, der auf dem Buch des britischen Autors Martin Allen „Churchills Friedensfalle“ basiert und den angeblichen „Friedensflug“ des ehemaligen Hitlerstellvertreters Rudolf Heß 1941 nach England zum Inhalt hat. Sowohl von Rechtsextremisten als auch von Neonazis wird der Propagandafilm als eine „sensationelle Dokumentation“ und als ein Beitrag zur historischen „Wahrheitsfindung“ gewürdigt. Der deutsche Neonazi Horst Mahler etwa begrüßt den Film, weil aus ihm „die vielfältigen Friedensinitiativen des Deutschen Reiches und deren kategorische Zurückweisung durch Großbritannien hervor[gehen]“.

Nachdem der Versuch, das Machwerk im Februar dieses Jahres in einem Wiener Kino einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren, scheiterte, wurde es im Heim der Wiener Burschenschaft Gothia aufgeführt. Einer der Mitautoren dieses Filmes, der Deutsche Olaf Rose, ist Vorstandsmitglied der deutschen rechtsextremen Gruppe „Gesellschaft für freie Publizistik“ und schon öfters bei rechtsextremen und neonazistischen Gruppen wie NPD, Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige usw. als Referent aufgetreten. Roses Aktivitäten haben im Jahr 2003 dazu geführt, dass er von der Stadt Herne in Nordrhein-Westfalen als Stadtarchivar gekündigt wurde.

Betreiber der Homepage ist der Kulturring 3-4, eine Organisation, die der FPÖ nahe steht und deren Adresse identisch ist mit jener der FPÖ-Bezirksorganisation im 3. Bezirk. Als Unterstützer dieser Homepage werden Aula, aB! Gothia, Wiener Nachrichten Online, Zur Zeit sowie der in Oberösterreich aktive neonazistische Bund freier Jugend und der in München agierende Veritas-Versand angeführt. Geschäftsführer dieses Versandes ist der ehemalige Funktionär der bayrischen Jungen Nationaldemokraten, Carsten Beck.

Neues von ganz rechts - Juni 2006
www.doew.at ■

Ohne die Verhältnisse gleichsetzen zu wollen, aber als Warnung gegen Nationalismus und „Patriotismus“ erschien zur Fußball WM ein Reprint der Sondernummer der Arbeiter Illustrierten Zeitung (AIZ) vom Juli 1936 – ein Dokument zur Entlarvung der Nazi-Olympiade 1936 in Berlin

Die Kräfte des Widerstands gegen den Nazi-Faschismus veröffentlichten und verbreiteten innerhalb und außerhalb Deutschlands 1935/1936 eine Reihe von Materialien, um die nazifaschistischen Manöver im Zusammenhang mit der Nazi-Olympiade 1936 zu entlarven und zu bekämpfen. Herausragend ist die im Juli 1936 in Prag erschienene Sondernummer der „Arbeiter Illustrierte Zeitung“ (AIZ). Diese Nummer ist gestaltet als ein „Führer durchs Land der Olympiade“ für Besucherinnen aus anderen Ländern. Über sieben verschiedene „Reise-Routen“ nach Berlin deckt die AIZ die furchtbare Realität des Nazi-Terrors in Deutschland auf. Gezeigt wird, wo die KZs liegen, Pagenburg, Börgermoor, Esterwegen, Dachau..., und welche Verbrechen dort begangen wurden.

Die AIZ enthüllt ebenso, wo welche Rüstungsproduktion stattfand. Hamburg wird als ein Zentrum einer großen Giftgasproduktion genannt, wo „die furchtbarsten Giftgase für den kommenden Krieg“ produziert wurden.

Die Sondernummer enthält auch eine „Übersichtskarte über die Sehenswürdigkeiten für den Olympiafahrer in Deutschland“: Das deutsche Staatsgebiet in seinen damaligen Grenzen übersäht mit den Symbolen für Orte des Nazi-Terrors: Konzentrationslager, Zuchthäuser, Gefängnisse und Gerichtsgefängnisse.

18. DGB-Bundeskongress:
„Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische und diskriminierende Positionen und Einstellungen bekämpfen!“

Vom 22. bis 26. Mai 2006 tagte der 18. Ordentliche Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin. Themen waren auch Migrationspolitik und Integration sowie die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Da der DGB diese Themenfelder als Querschnittsaufgaben begreift, tauchen sie in unterschiedlichen Zusammenhängen auf. In seinen „Arbeitsmaterialien zur Migrationspolitik“ hat der DGB Bundesvorstand die Passagen aus dem Geschäftsbericht und Beschlüsse des Kongresses dokumentiert, die Stellung beziehen und Handlungsempfehlungen geben zu den Themen Migration, Integration, Antidiskriminierung und Auseinandersetzung mit Rechts. Im Einzelnen wurden folgende Anträge beschlossen:

- Initiativantrag „Aktionsplan für Integration und Chancengleichheit entwickeln“
- Antrag „Integrationsförderung“
- Initiativantrag „Kürzung des Etats für Integrationskurse“
- Antrag „Staatsangehörigkeitsrecht“
- Antrag „Bildungspolitik 2006 – 2010: Das Recht auf Bildung für alle Menschen Wirklichkeit werden lassen“ (Auszüge)
- Antrag „Eine gute Schule für alle“ (Auszüge)
- Initiativantrag „Alle Mitnehmen – keinen zurücklassen – niemanden ausgrenzen“
- Leitantrag „Für eine soziale Europäische Union“ (Auszüge)
- Initiativantrag „Rechtsextremismus nicht länger verdrängen und verharmlosen“
- Antrag „Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische und diskriminierende Positionen und Einstellungen bekämpfen!“

Das DGB Bildungswerk bereitet zurzeit in der Schriftenreihe Migration & Qualifizierung eine Mitteilung zum 18. Ordentlichen DGB Bundeskongress mit allen Beschlüssen, Diskussionsbeiträgen und Grußworten aus der Politik zum Thema Migration, Integration und Chancengleichheit vor.

Die bislang gesammelten Beschlüsse und die vom DGB erstellten „Arbeitsmaterialien zur Migrationspolitik: Beschlüsse: Beschlüsse zu Migration, Integration und Rechtsextremismus des 18. Ordentlichen DGB Bundeskongress vom 22.–26. Mai 2006“ finden sich im Dossier zum Bundeskongress unter www.migration-online.de/ dgb-kongress-2006 In zwei Beschlüssen – hervorgegangen aus einem Antrag und einem Initiativantrag – ruft der DGB dazu auf, rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische sowie diskriminierende Positionen und Einstellungen zu bekämpfen. Angesichts der Zunahme von rechtextremen Propagandadelikten müssen diese „endlich konsequenter strafrechtlich geahndet werden“. Das dürfe sich nicht auf Deutschland beschränken: „Der DGB fordert die Bundesregierung auf, sich nachdrücklich im Europäischen Rat für die Verabschiedung eines Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einzusetzen.“ Neben der rechtlichen Ebene müsse aus Sicht des DGB in Bündnissen, Projekten und Aktionen das Engagement gegen rechts verstärkt werden.

Der DGB verweist auch auf die Möglichkeiten, die sich speziell für Mitglieder ergeben: „Als GewerkschafterInnen, als Betriebs- und PersonalrätInnen wollen wir insbesondere rechtsextreme Parolen und Propaganda aus Betrieben und Verwaltungen fern halten, zum Beispiel über Betriebs- und Dienstvereinbarungen.“ *entnommen Forum Migration 7-06, hrsg. v. DGB-Bildungswerk* ■



Foto: Kongress-Saal, Quelle: DGB/Jürgen Seidel

Aus dem Antrag „Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische und diskriminierende Positionen und Einstellungen bekämpfen!“

In den vergangenen Jahren haben Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund in beunruhigendem Maße zugenommen. Dort, wo rechtsextreme Parteien in Parlamenten vertreten sind, verhalten sie sich zunehmend auffälliger und vertreten offen fremdenfeindliche, diskriminierende und antisemitische Positionen. Offensichtlich fühlen sie sich durch den beunruhigenden Anstieg fremdenfeindlicher und antisemitischer Positionen und Einstellungen in Deutschland ermutigt, auf den eine 2004 veröffentlichte Langzeitstudie hingewiesen hat. Im Sommer 2005 hat eine Untersuchung gezeigt, dass es auch Gewerkschaftsmitglieder gibt, die latent bis offen rechtspopulistisches Gedankengut vertreten, ja, dass in manchen Alters- oder Berufsgruppen diese Anfälligkeit für rechtspopulistische Positionen sogar leicht über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt. Der DGB-Bundesvorstand / -Bundeskongress sieht diese Entwicklung mit Sorge. Wir sehen darin eine Herausforderung auch und gerade für uns als Gewerkschaften: Wir müssen uns verstärkt damit auseinandersetzen, dass die Rechtsextremen von heute nicht mehr allein mit plumpen Thesen im Stil von „Ausländer raus“ arbeiten: Sie verbinden klassische rechtsextreme Einstellungen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus mit sozialen und ökonomischen Themen wie Arbeitsmarktlage, Globalisierung oder Kapitalismuskritik; sie setzen an Ängsten an, die in unserer Gesellschaft verbreitet sind: Unter dem Deckmantel scheinbar sozialpolitischer Argumentationen transportieren sie antidemokratische und autoritäre Positionen und Parolen. Die Angst vor sozialem Abstieg, das Erleben von Unsicherheit, das Erfahren von sozialer Ausgrenzung und von Entwurzelung sowie das Gefühl, gedemütigt und herabgesetzt zu werden oder der zunehmenden Komplexität der modernen Welt nicht mehr gewachsen zu sein, können Menschen so verunsichern, dass sie für rechtsextreme Einstellungen ein offenes Ohr haben oder darin gar eine Perspektive zu erkennen glauben. Der DGB-Bundesvorstand / -Bundeskongress ruft deshalb die Einzelgewerkschaften, Gewerkschaftsmitglieder und die Öffentlichkeit auf, verstärkt die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen zu suchen und in Diskussionen und in der Bildungsarbeit alle Chancen zu nutzen, um Menschen den Rücken zu stärken für die Zurückweisung von rassistischen, fremdenfeindlichen, antisemitischen, diskriminierenden und antidemokratischen Positionen und Parolen. Wer verhindern will, dass Menschen rechtspopulistische Parolen und Einstellungen übernehmen, muss diese Ängste ernst nehmen und Orientierungen bieten. Dazu gehört Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Beschäftigung geschaffen, wie Globalisierung sozial eingebettet und wie Auswüchse des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch sozialstaatliches Handeln begrenzt werden können. Nicht zuletzt muss dies mit einem unbedingten Eintreten für Demokratie, Menschenwürde und Toleranz verbunden werden. Der DGB wird sich deshalb für eine Politik in diesem Sinne einsetzen.

Nazis planen am 16. Juli Demonstration gegen das JUZ

MANNHEIM. Auf ihrer Website rufen die „Nationalen Sozialisten aus der Rhein-Neckar-Region“ zu einer Demonstration gegen das Jugendzentrum in Selbstverwaltung JUZ in Mannheim und gegen seine Unterstützung durch öffentliche Gelder auf. Es ist bisher nicht bekannt, wie die Mannheimer Stadtverwaltung darauf reagiert. Das Mannheimer Bündnis gegen Rechts wird sich noch treffen, um ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. Das JUZ schreibt in seiner Stellungnahme: „Für den 15. Juli 2006 wurde von bekannten Aktivisten der hiesigen Naziszene eine Demonstration unter dem Motto „Stoppt die Kumpanei zwischen Stadt und militanten Autonomen, keine öffentlichen Gelder für das JUZ Mannheim“ in der Mannheimer Neckarstadt mit einer geplanten Zwischenkundgebung am Neuen Messplatz, in unmittelbarer Nähe des Jugendzentrum in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr“, angemeldet. Die rechtsextreme Gruppierung „Nationale Sozialisten aus der Rhein-Neckar Region“ ruft zu dieser Demonstration auf.

Offensichtlich wird damit eine Diffamierung der jahrelangen, erfolgreichen Jugendarbeit des JUZ in der öffentlichen Meinung bezweckt. Das Motto dieser Demonstration stellt eine Verleumdung unserer Einrichtung dar, ist völlig haltlos und provokativ.

Das Konzept der Selbstverwaltung im JUZ ermöglicht jungen Menschen seit 33 Jahren den direkten Erfahrungsraum einer alters-und bedürfnisgerechten, aktiven Mitgestaltung ihres Lebensumfeldes und gesellschaftlichen Terrains auf basisdemokratischer Grundlage. Konstituierendes Element der Selbstverwaltung ist das ehrenamtliche Engagement junger Menschen, die sich einmal wöchentlich zur Vollversammlung treffen, um Regeln auszuhandeln, sich über gemeinsame Interessen oder Konflikte zu verständigen und verbindliche Entscheidungen basisdemokratisch im Konsens zu treffen. Veranstaltungen im JUZ umfassen ein breites kulturelles Programm mit Partys, Konzerten, Ausstellungen und Lesungen sowie ein umfangreiches Bildungsangebot mit politischen Informationsveranstaltungen, Vorträgen und Workshops zu verschiedenen Themen. Darüber hinaus wird der Offene Bereich vielfach durch Initiativen und Gruppen von außen als nicht-kommerzieller und ehrenamtlich organisierter Treffpunkt und Veranstaltungsort genutzt.

Unsere Einrichtung wird zur Zielscheibe, da hier eine kritische Auseinandersetzung mit Themen wie Rassismus und Neonazismus, die Vermittlung eines demokratischen Wertebewusstseins und die Anregung zu Engagement und Zivilcourage Raum haben. Das JUZ engagiert sich für außerschulische Jugendbildung in diesem Bereich z.B. als Träger im „Netzwerk für Demokratie und Courage Baden-Würt-temberg“ und leistet in diesem Bereich wichtige und gute Jugendarbeit.

Das JUZ ist in Mannheim seit vielen Jahren ein anerkannter und geschätzter Träger der offenen Jugendarbeit und wird das auch bleiben.“ *scr* ■

DGB fordert: Nazi-Aufmärsche verbieten!

ODENWALDKREIS. In einer gemeinsamen Erklärung fordern die DGB-Region Starkenburg, der DGB-Kreisverband Odenwald und die DGB-Ortsverbände im Odenwaldkreis von Landrat Horst Schnur (SPD) und den betroffenen Bürgermeistern ein Verbot der am 22. Juli 2006 geplanten Nazi-Aufmärsche. Der Landrat und die Bürgermeister werden aufgefordert, gegen die Aufmärsche der Nazis alle juristischen Mittel auszuschöpfen. „Das Grundrecht der Meinungsfreiheit wird von rechtsextremen Gruppen regelmäßig missbraucht zur Verbreitung ihrer verbrecherischen, menschenverachtenden, rassistischen und antisemitischen Propaganda. Dem muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden“, betont DGB-Organisationssekretär Horst Raupp (Darmstadt).

Eine besondere Provokation sieht der DGB in der geplanten NPD-Kundgebung auf dem Montmelianer Platz in Höchst. Der DGB erinnert daran, dass auf diesem Platz die frühere Synagoge stand, die 1938 von den Nazis überfallen und zerstört wurde. Der DGB erinnert außerdem an die zahlreichen Opfer, die die faschistische Gewaltherrschaft auch im Odenwaldkreis forderte: an den Höchster SPD-Vorsitzenden und Gewerkschafter Wilhelm Fröhlich, der 1933 von den Nazis erschossen wurde, an die von den Nazis in die Konzentrationslager verschleppten Gegner des Nazi-Regimes, die ermordeten Widerstandskämpfer, die Deportation und Vernichtung der jüdischen Gemeinden, die Ermordung von Kriegsgefangenen und die fabrikmäßig organisierte Vernichtung von Millionen europäischer Juden in den Vernichtungslagern der Nazis.

„Eine Kundgebung der neofaschistischen NPD auf diesem Platz ist eine Verhöhnung der Opfer des Faschismus“, stellt der Gewerkschaftssekretär fest. „Es kann nicht hingenommen werden, dass Neonazis auf dem Gelände am Gedenkstein zur Erinnerung an die Höchster Synagoge und die Opfer der faschistischen Diktatur eine Kundgebung durchführen“. Der DGB fordert deshalb von Landrat Horst Schnur und Bürgermeister Reiner Guth (KAH) ein Verbot der Kundgebung. „Mit Hinweis auf § 15 des Versammlungsgesetzes in Verbindung mit § 130 Abs. 4 des Strafgesetzbuches können Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen verboten werden, wenn zu erwarten ist, dass die Würde der Opfer des Faschismus verletzt wird oder die Verbrechen des Faschismus gebilligt, verherrlicht oder rechtfertigt werden. Und genau das ist hier zu erwarten“, begründet der DGB seine Forderung. Auch der geplante Nazi-Aufmarsch von Erbach nach Michelstadt sowie die Nazi-Kundgebung in Reichelsheim sollen verboten werden, fordert der DGB. ■

Nazi-Ehrenmal in Fretterode

THÜRINGEN. Der ‚Umzug‘ des SS-Ehrenmals aus Marienfels nach Fretterode ist bestätigt. Das geht aus der Antwort des Thüringer Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Berninger (Die Linkspartei.PDS) hervor

Die Kleine Anfrage 719 vom 3. Februar 2006 hatte folgenden Wortlaut:

Nach einem Bericht des Mitteldeutschen Rundfunks am 3. Februar 2005 beabsichtigt ein bekannter Neonazi, auf seinem Grundstück in Fretterode das aus Marienfels stammende so genannte „Ehrenmal des I. Panzerkorps der Waffen-SS“ zu errichten. Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Informationen liegen der Landesregierung diesbezüglich vor?

2. Wie bewertet die Landesregierung dieses so genannte „Ehrenmal“?

3. Wie ist es aus Sicht der Landesregierung rechtlich zu bewerten, dass augenscheinlich ein Privatgrundstück zu einer Wallfahrtsstätte umfunktioniert werden soll?

4. Ist von Seiten der zuständigen kommunalen Behörden gegenüber der Landesregierung Unterstützungsbedarf signalisiert worden? Wenn ja, welcher?

5. Was gedenkt die Landesregierung zu unternehmen?

Das Thüringer Innenministerium antwortete:

„... Die Informationen des MDR-Berichts vom 3. Februar 2006 werden durch die Landesregierung bestätigt.

Zu 2.: Die Landesregierung verurteilt die Pläne zur Errichtung dieses so genannten „Ehrenmals“, da es in diesem Falle nicht um die Erinnerung geht, sondern um politische Instrumentalisierung durch Extremisten.

Zu 3.: Im Rahmen geltenden Rechts steht es jedem frei, nach Belieben über die Nutzung seines Eigentums zu bestimmen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

Zu 4.: nein

Zu 5.: Die Landesregierung erwartet von den zuständigen Behörden, dass sie alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Errichtung des Ehrenmals zu verhindern. ■

Christoph Butterwegge: Auszüge aus einem Vortrag bei der VVN – Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg

Die zentralen Herausforderungen für den Antifaschismus: Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus

Bei der Landeskonferenz der VVN – Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg am 20./21. Mai hielt Prof. Dr. Christoph Butterwege von der Universität Köln einen Vortrag, aus dem wir hier Auszüge dokumentieren. Vollständig unter: www.vvn-bda-bawue.de.

Antifaschist(inn)en haben heute eine doppelte Aufgabe, die manchmal einem Spagat gleicht: Sie müssen sowohl die Erinnerung an die (deutsche) NS-Vergangenheit wach halten und dafür sorgen, dass die Verbrechen des Faschismus und der Widerstand dagegen nicht in Vergessenheit geraten, als auch bemüht sein, in die Zukunft zu blicken und zu analysieren, welche Rahmenbedingungen künftig im Kampf gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus von Bedeutung sind. Ein hierfür entscheidendes Bindeglied zwischen Vergangenheit und Zukunft, das die Gegenwart wesentlich bestimmt, ist die Globalisierung samt ihren Konsequenzen für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.

„Globalisierung“ avanciert immer mehr zu einer Schlüsselkategorie bzw. zu einer Kernideologie unserer Zeit. Obwohl oder richtiger: gerade weil dieser Terminus vage und vieldeutig ist, liefert er Politik und Publizistik, aber auch den Wissenschaften ein interdisziplinäres Paradigma, das die epochale Wende nach Ende der Systemauseinandersetzung zwischen Plan- und Marktwirtschaft bzw. (Staats-)Sozialismus und Kapitalismus widerspiegelt. Selbst wenn die Globalisierung einen medial erzeugten und massenhaft reproduzierten Mythos darstellt, wie Kai Hafez mit Blick auf die neuen Medien mutmaßt, erlangt sie schon dadurch gesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit, dass subjektive Überzeugungen, die Millionen Menschen überall auf der Welt teilen, einen objektiven Machtfaktor bilden (Thomas-Theorem).

Versteht man unter Globalisierung einen Prozess, der nationalstaatliche Grenzen überschreitet und der Tendenz nach überwindet, zur Ausweitung wie zur Intensivierung wissenschaftlich-technischer, ökonomischer, politischer, sozialer bzw. kultureller Beziehungen zwischen den Kontinenten führt und zum Schluss den ganzen Erdball umspannt, bleibt auch der moderne Rechtsextremismus davon nicht unberührt, sondern wird auf drei Ebenen erfasst:

1. Aufgrund der Globalisierung verändern sich die gesellschaftlichen Rahmen-, Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen des Rechtsextremismus. Durch die ökonomische Globalisierung und die damit einhergehenden sozialen Verwerfungen gewinnen rechtsextreme Organisationen bzw. Parteien viele neue Anhänger, Mitglieder und Wähler, verbessern sich aber auch ihre politischen Handlungsmöglichkeiten.

2. Der organisierte Rechtsextremismus „globalisiert“ sich, indem er transnationale Netzwerke schafft und die Barrieren der Kooperation mit ausländischen Gesinnungsgenossen niederreißt.

3. „Globalisierung“ wird selbst zum Gegenstand der rechtsextremen Agitation und Propaganda, was sich einerseits in Kampfparolen des traditionellen Rechtsextremismus gegen die Willkür des globalisierten Kapitals und für „deutsche Arbeit“ niederschlägt, andererseits Markt, Leistung und Konkurrenz für Neurechte zur politisch-ideologischen Trennlinie macht, an der sich Freund und Feind scheiden.

Rechtsextremismus ist – wie alle politischen Phänomene – von den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht abzulösen, sondern nur im Kontext der aktuellen Weltmarktdynamik zu verstehen. Um die richtigen, Erfolg versprechenden Strategien gegen den Rechtsextremismus entwickeln zu können, braucht man deshalb Kenntnisse seiner Rolle im bzw. für den gegenwärtigen Kapitalismus. In letzter Zeit werden die Zusammenhänge zwischen der Globalisierung, neoliberaler Ideologie und rechtsextremer Mobilisierung in der Fachdiskussion häufiger thematisiert, nachdem sie im Rahmen wissenschaftlicher Analysen zum organisierten Rechtsextremismus lange höchstens eine Nebenrolle gespielt hatten. Während uns die organisatorische Ebene hier weniger interessiert, obwohl dort momentan für den Rechtsextremismus gleichfalls wichtige Veränderungen stattfinden, stehen die inhaltliche und die Wirkungsebene im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen, weil sie das Fundament einer Ursachenanalyse bilden.

Faktoren zur Erklärung des zeitgenössischen Rechtsextremismus: Konkurrenz im Wirtschaftsleben und politische (Un-)Kultur

Falsch wäre es, Rechtsextremismus als Desintegrationsphänomen oder Jugendproblem zu begreifen. Sein organisierter Kern ist auch keine Protestbewegung, die sich für sozial benachteiligte Deutsche einsetzt. Vielmehr grenzt er die Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Homosexuelle und Asylbewerber/innen gleichermaßen aus, will ihnen staatliche



Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Leistungen vorenthalten und/oder sie durch Zwangsmaßnahmen disziplinieren. Es geht also nicht um eine Negation, sondern gerade um die – bis zur letzten Konsequenz getriebene – Realisation herrschender Normen (Beurteilung einer Person nach der ökonomischen Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit bzw. Systemangepasstheit) und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz.

Hier wird ein Erklärungsmodell präferiert, das die Konkurrenz als Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems, Erblasten der politischen Kultur in Deutschland und aktuell die Globalisierung bzw. neoliberale Modernisierung nicht nur des Wohlfahrtsstaates, sondern fast aller Bereiche der Gesellschaft für (Standort-)Nationalismus, Rassismus und rechte Gewalt verantwortlich macht. Der modernisierte Rechtsextremismus verklammert Nationalismus und Wirtschaftsliberalismus in einer Weise miteinander, die populistische Anrufungen ermöglicht bzw. erleichtert: „Konstruktionen des Nationalen werden (…) als ideologisches Bindemittel genutzt, um soziale Frustration in autoritäre, obrigkeitsstaatliche Orientierungen zu überführen.“

Neben den ökonomischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die im Zuge der Globalisierung eine neue Gestalt annehmen, prägt die politische Kultur eines jeden Landes seine extreme Rechte, deren Ideologie, Organisationsstrukturen und Führerpersönlichkeiten, aber auch die Art und Weise, wie ihnen demokratische Kräfte begegnen. Erblasten der politischen Kultur in Deutschland waren und sind zum Teil noch immer: ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, die Fixierung auf Staat (Etatismus) und Obrigkeit (Untertanenmentalität), politischer Konformismus und übertriebene Harmo-

niesucht, Autoritarismus und Antipluralismus, Antiintellektualismus und Irrationalismus, ein Hang zum (rechtlichen) Formalismus, die preußische Ordnungsliebe sowie eine Schwäche vieler Männer für militärische Disziplin. Sie gipfelten in einem aggressiv-militanten Nationalismus, weil Deutschland als „verspätete Nation“ (Helmuth Plessner), von der Ungleichzeitigkeit zwischen Industrialisierung und Demokratisierung geprägt, wenn nötig auch mit Waffengewalt einen „Platz an der Sonne“ – das meinte: Weltmachtstatus – zu erlangen suchte.

Trotz verheerender Niederlagen in zwei Weltkriegen wurzelt der Glaube, dass „wir Deutsche“ ein besonders fleißiges, tüchtiges und begnadetes Volk seien, noch immer tief im Massenbewusstsein.

Deutschnationalismus, Kulturrassismus und Wohlstandschauvinismus nach der Wiedervereinigung

Die deutsche Vereinigung hat den Nationalismus wieder zu einer relevanten Größe gemacht. Nun bekamen Kräfte spürbar Auftrieb, denen „das Nationale“ immer schon mehr als „das Soziale“ am Herzen gelegen hatte.

Zwar konnten REPublikaner, DVU und NPD von dem „Jahrhundertereignis“ nicht profitieren, sondern eher die Unionsparteien, als eigentliche Sieger fühlten sich aber jene, die nach „Mitteldeutschland“ nun auch die ehemaligen Ostgebiete des sog. Dritten bzw. Großdeutschen Reiches „heimholen“ wollten.

Wiewohl es nach der Vereinigung von DDR und Bundesrepublik weder hüben noch drüben einen „Nationalrausch“ (Wolfgang Herles) gab, hat eine partielle Renationalisierung der Politik und der politischen Kultur stattgefunden. Die am 20. Juni 1991 getroffene Entscheidung des Parlaments, in das Reichstagsgebäude nach Berlin überzusiedeln, wurde zumindest in Teilen der Öffentlichkeit als Distanzierung von der „Bonner Republik“, als definitive Abkehr von der Westorientierung und „Rückbesinnung auf die Nation“ interpretiert. Seit nicht mehr zwei Teilstaaten existieren, erscheint Deutschland wieder als politisches Kollektivsubjekt, das „selbstbewusst“ handeln soll und seinen Bürger(inne)n mehr Leistungs- bzw. Leidensfähigkeit abverlangen muss. Nach der neoliberalen Standortlogik geführt, ist dieser Deutschland-Diskurs nicht frei von apokalyptischen Untertönen. Genannt seien nur die Bestseller von Meinhard Miegel, Hans-Werner Sinn und Gabor Steingart.

Politisch-kulturelle Traditionen entscheiden mit darüber, auf welche Art eine Wirtschaftskrise oder eine gesellschaftliche Umbruchsituation, etwa DDR-„Wende“ und deutsche Wiedervereinigung, kollektiv „verarbeitet“ werden. Sofern ausgrenzend-aggressive Momente in der politischen Kultur eines Landes dominieren, werden die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe zu Abwehrgefechten der Einheimischen gegen „Fremde“ und zu interkulturellen Konflikten hochstilisiert. Die 1991/92 extrem zugespitzte Asyldebatte hat nicht nur dem Grundrecht selbst geschadet, sondern auch die Verfassung und die demokratische Kultur der Bundesrepublik lädiert.

Gudrun Hentges erklärt die Brisanz und Resonanz der im Oktober 2000 entbrannten „Leitkultur“-Diskussion mit dem Zeitpunkt, zu welchem sie geführt wurde: „Ein Jahrzehnt nach der Auflösung des sozialistischen Staatensystems und der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten stellt sich die Frage nach der ‚selbstbewussten Nation‘ neu – nicht nur in der sog. Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sondern auch im Bereich der Ausländer- und Asylpolitik.“ Gegenwärtig avancieren Themen der Rechten zu Themen der Mitte: Zuwanderung, Nationalbewusstsein und demografischer Wandel sind Beispiele dafür, wie die Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer, politischer sowie ökonomischer Prozesse voranschreiten. „Offenbar bedienen alle etablierten Parteien in unterschiedlichem Maße Themen, die ideologische Schnittmengen zwischen sich und rechtsextremen Ideologien erzeugen.“ Dabei übernimmt der Wohlstandschauvinismus zunehmend jene Rolle, die der Antisemitismus für NS-Agitatoren spielte: „Er steht im Zentrum des öffentlichen rechten Diskurses und stellt die wichtigste Schnittstelle zum Alltagsdenken der Bevölkerung dar.“ Gleichzeitig hat der Antisemitismus wieder Hochkonjunktur, was nicht zuletzt auf die ökonomische Globalisierung zurückzuführen ist.

Beschleunigung der Rechtsentwicklung im Diskurs über Zuwanderung am „Wirtschaftsstandort“

Von der „Leitkultur“-Diskussion, in die sich auch rechtsextreme Medien einmischten, führte ein gerader Weg zur „Nationalstolz“-Debatte, wie schon von der Asyldiskussion zur Standortdebatte, die Mitte der 1990er-Jahre das Einfallstor für eine neue Spielart des Nationalismus darstellte. War zuerst die Angst geschürt worden, Ausländer nähmen „den Deutschen die Arbeitsplätze“ weg, so entstand nunmehr der Eindruck, das deutsche Kapital entschwinde ins Ausland. Massenmedien spielten bei dieser Panikmache eine Schlüsselrolle. Typisch war die Titelzeile „Hochsteuerland Deutschland: Haut Daimler ab in die USA?“ auf Seite 1 der Bild-Zeitung am 6. Oktober 1999.

Das verbreitete Bewusstsein, auf den Weltmärkten einer feindlichen Front gegenüber zu stehen und durch „deutschen Erfindungsgeist“, größeren Fleiß und mehr Opferbereitschaft die Überlegenheit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes unter Beweis stellen zu müssen, kann „Standortnationalismus“ genannt werden.

Konkurrenzfähigkeit wird im Zeichen der Globalisierung zum Dreh- und Angelpunkt individueller Lebensgestaltung und gesellschaftlicher Entwicklung, was nicht ohne Konsequenzen für das soziale Klima bzw. die politische Kultur bleibt: „Die Betonung des ökonomischen Nutzenkalküls sieht nicht nur von schlichten mitmenschlichen Verpflichtungen ab, sie grenzt auch all jene aus, die uns tatsächlich oder vermeintlich nur zur Last fallen.“ Für die Nichtdeutschen in Deutschland ergaben sich automatisch ungünstigere Aufenthaltsbedingungen: „In einer Situation, in der das ‚ganze Volk‘ angehalten wird, ‚den Gürtel enger zu schnallen‘, liegt es auf den Stammtischen, dass ‚Fremde‘, seien es Arbeitsmigranten, Asylbewerber oder Flüchtlinge, nicht auch noch von den ohnehin knappen Mitteln bedient werden können. ‚Deutsch sein‘ heißt unter den Bedingungen des modernen Wohlfahrtsstaates, den eigenen Wohlstand zu verteidigen und Ansprüche anderer Gruppen zu delegitimieren und abzuwehren.“

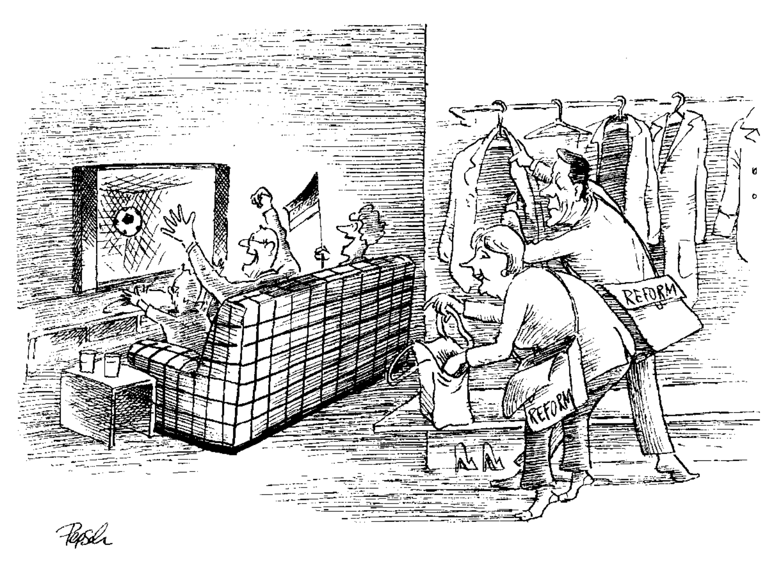
Dadurch eröffnen sich dem Rechtsextremismus ideologische Anknüpfungspunkte, die es vorher nicht oder nur begrenzt gab. Je enger die Verteilungsspielräume einer Gesellschaft (gemacht) werden, desto mehr wächst die Versuchung, sog. Randgruppen von bestimmten Ressourcen auszuschließen. Ethnisierung ist ein dafür geeigneter Exklusionsmechanismus, der Minderheiten konstruiert, diese negativ („Sozialschmarotzer“) etikettiert und damit Privilegien zementiert. Vordergründig geht es bei der Ethnisierung um die „kulturelle Identität“; dahinter stecken aber meist handfeste Interessen und Konflikte, knappe bzw. verknappte gesellschaftliche Ressourcen betreffend. Zuerst werden „die Anderen“ stigmatisiert und ausgegrenzt; mit der Konstituierung bzw. Konturierung einer nationalen oder einer „Volksgemeinschaft“ sind allerdings in der Regel weiter reichende politische und ökonomische Ziele verbunden. Mit der Ethnisierung sozialer Beziehungen korrespondiert eine „Kulturalisierung“ der Politik, die nicht mehr – wie früher allgemein üblich – auf materielle Interessen zurückgeführt, sondern auf die Wahrung kollektiver Identitäten reduziert wird.

Globalisierung, als neoliberale Modernisierung ins Werk gesetzt, führt zu diversen Spaltungen: Die soziale Polarisierung innerhalb der wie auch zwischen den einzelnen Gesellschaften (Zentren und Peripherie); Dualisierung transnationaler Wanderungen in Experten- bzw. Elitenmigration einerseits und Elendsmigration andererseits; eine Krise bzw. ein

Zerfall der Städte, durch Marginalisierung und sozialräumliche Segregation bedingt, gehören zu den Folgen, auf die Rechtsextremisten eine demagogische, aber keineswegs überzeugende Antwort geben.

Ein „nationaler Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch), der kein herkömmlicher Wohlfahrtsstaat mit einer umfassenden Verantwortung für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit mehr sein möchte, verschärft durch seine marktradikale Wirtschaftspolitik die soziale Ungleichheit und bereitet damit den Resonanzboden für gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Ethnisierungsprozesse. Je mehr die Konkurrenz gegenwärtig in den Mittelpunkt zwischenstaatlicher und -menschlicher Beziehungen rückt, umso leichter lässt sich die ethnische bzw. Kulturdifferenz politisch aufladen. Gegenwärtig greift verstärkt ein Trend zum „hedonistisch-konsumistischen Sozialdarwinismus“ um sich: „Nach dem globalen Sieg der Marktwirtschaft hat jenes Prinzip, demzufolge der Stärkere sich durchsetzt und das Schwache auf der Strecke bleibt, noch an Plausibilität gewonnen. Der aktuelle Rechtsextremismus und Rechtspopulismus beruhen auf einer Brutalisierung, Ethnisierung und Ästhetisierung alltäglicher Konkurrenzprinzipien.“

Sozialdarwinismus fällt nicht vom Himmel, wurzelt vielmehr in der Erfahrungswelt einer Jugend, die durch das kapitalistische Leistungsprinzip, die Allgegenwart des Marktmechanismus und den Konkurrenzkampf jeder gegen jeden geprägt wird. Rivalität fungiert als Haupttriebkraft einer zerklüfteten, zunehmend in Arm und Reich gespaltenen Gesellschaft. „Die sozialdarwinistische Alltagsphilosophie, die damit einhergeht, erzeugt eine unauffällige, sich von direkter Gewalt fernhaltende und als ‚Sachzwang‘ der Ökonomie erscheinende Brutalität.“ Wo die Umverteilung von unten nach oben unter Hinweis auf Globalisierungsprozesse – als zur Sicherung des „eigenen Wirtschaftsstandortes“ unbedingt erforderlich – legitimiert wird, entsteht ein gesellschaftliches Klima, das (ethnische) Ab- und Ausgrenzungsbemühungen stützt. In einer Zeit verschärfter Konkurrenz eine ideologische Rechtfertigung der Missachtung ethischer Grundwerte und größerer sozialer Ungleichheit (im Sinne von Ungleichwertigkeit) zu offerieren, bildet laut Franz Josef Krafeld einen Hauptgrund für die wachsende Attraktivität der rechtsextremen Orientierungen.



Die Gunst der Stunde ... GOTTSCHEBER

In der „Berliner Republik“ weht ein neokonservativer Zeitgeist durch Ministerien, Gerichtssäle und Redaktionsstuben. Da ihm die rot-grüne Bundesregierung wenig entgegenzusetzen hatte, sondern sich am Ende noch stärker als zu Beginn ihrer Amtszeit in „Neoliberalismus light“ und einem prinzipienlosen Pragmatismus erging, gewannen christlich-abendländische Werte und Traditionen wieder an Bedeutung. Durch die Bildung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD erhielten nationale Stimmungen weiteren Auftrieb, wie das Motto „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“ des am 18. November 2005 unterzeichneten Koalitionsvertrages zumindest ahnen lässt.

Ausdifferenzierung des Nationalismus und Dualisierung des Rechtsextremismus

Kernideologien, organisatorische Formen, politische Strategien und soziale Wählerpotenziale des Rechtsextremismus differenzieren sich im Rahmen der Globalisierung aus: Neben den völkischen Nationalismus in Bevölkerungsschichten, die Angst vor einem „Turbo-Kapitalismus“ (Edward N. Luttwak) haben, tritt ein Standortnationalismus, den in erster Linie solche Schichten unterstützen, die von einer neoliberalen Modernisierung profitieren, den „Umbau“ des Wohlfahrtsstaates nach Marktgesetzen forcieren und die soziale Ausgrenzung der weniger Leistungsfähigen intensivieren möchten.

Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt sind keineswegs bloß „hinterwäldlerisch“ anmutende Reaktionsweisen direkt betroffener oder benachteiligter Gruppen auf Globalisierungs-, neoliberale Modernisierungs- und soziale Marginalisierungsprozesse. Vielmehr verursachen diese auch in der gesellschaftlichen Mitte bzw. genauer: auf den „höheren Etagen“ bedrohliche Erosionstendenzen. „Gefahren der Entwicklung – auch solche der sozialen Desintegration und rechtsextremer Potentiale – gehen nicht von der ‚Masse‘ der Bevölkerung aus. In der politischen Qualifikation der alten und neuen Eliten liegt das Problem.“

Die neoliberale Modernisierung bewirkt auch eine Umstrukturierung, politisch-organisatorische wie geistig-ideologische Ausdifferenzierung und Dualisierung des Rechtsextremismus, der seither in einen traditionalistischen und einen modernistischen Flügel zerfällt. Sozialstrukturell zieht ersterer primär die Globalisierungs- bzw. Modernisierungsverlierer, letzterer besonders die Globalisierungs- bzw. Modernisierungsgewinner in seinen Bann. Über einen längeren Zeitraum hinweg dominieren Mischformen in Gestalt rechtspopulistischer Parteien, die soziale Aufsteiger ebenso anzusprechen suchen wie sozial Benachteiligte.

Wenn die Kritik an einem angeblich überbordenden, die Wirtschaft lähmenden und den „eigenen“ Standort gefährdenden Wohlfahrtsstaat im Zentrum der Wahlkampfpropaganda einer Rechtspartei steht, spricht Frank Decker von „ökonomischem Populismus“, den er gegenüber einer „politischen“ (bzw. „institutionellen“) sowie einer „kulturellen“ Variante des Phänomens abhebt. Zwischen dem Neoliberalismus und der Neuen Rechten, die sich fast überall extrem marktradikal gebärdete, bevor sie – offenbar aus wahltaktischen Gründen – Konzessionen an breitere Schichten (Arbeitermilieu, sozial Benachteiligte) machte, besteht ein politisch-ideologisches Interdependenzverhältnis. „Selbst dort, wo neue rechtsradikale Parteien ihre wirtschaftsliberale Rhetorik einschränken, bedeuten die Konsequenzen ihres Aufstiegs Wasser auf die Mühlen neoliberaler Sozialstaatskritik.“ Man kann beim Rechtsextremismus deshalb keinen „Schwenk weg vom Neoliberalismus“ diagnostizieren, sondern höchstens ein zeitweiliges Schwanken im Hinblick darauf, wie bestimmte Wählerschichten am besten erreicht werden.

Krisen- und Auflösungserscheinungen innerhalb des politischen Systems führen selbst dann, wenn sich – wie in der Bun-

desrepublik bisher – keine rechtspopulistische Partei fest etablieren oder auf Dauer halten kann, zu tektonischen Verschiebungen zwischen seinem Zentrum und der Peripherie, die sich quasi „nach innen“ bewegt, was Ursula Birsl und Peter Lösche mit folgenden Worten kommentieren: „Die äußerste Rechte befindet sich nicht mehr am Rand des politischen Spektrums, sondern in dessen Mitte.“ Wilhelm Heitmeyer vertritt sogar die weiter gehende These, „daß sich ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen, so daß neue autoritäre Versuchungen durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiater Rechtspopulismus befördert werden.“

Noch in anderer Hinsicht bereitet die neoliberale Hegemonie, die außer der „sozialen Symmetrie“ auch die Demokratie gefährdet, den Nährboden für Rechtsextremismus und Neofaschismus. Die scheinbare Übermacht der Ökonomie der Politik gegenüber bzw. transnationaler Konzerne dem einzelnen Nationalstaat gegenüber zerstört den Glauben vor allem vieler junger Menschen an die Entwicklungsfähigkeit und Gestaltbarkeit der Gesellschaft, treibt sie früh in die Resignation und verhindert so demokratisches Engagement, das im oft beschworenen „Zeitalter der Globalisierung“ nötiger denn je wäre.

Marktradikalismus, Wirtschaftsfundamentalismus und Wettbewerbswahn als Merkmale einer Neuen Rechten

Armin Pfahl-Traughber benutzt den Terminus „Neue Rechte“ als Sammelbezeichnung für eine geistig-intellektuelle Strömung des Rechtsextremismus, die in der Tradition der Konservativen Revolution steht. Unter dieser Bezeichnung firmierten verstreute, in sich wenig homogene Diskussionszirkel, Gruppen und Publikationen, die nach dem Ersten Weltkrieg entstanden und spätestens 1933 vom Nationalsozialismus aufgesogen bzw. unterdrückt wurden. Ihre namhaftesten Vertreter waren Ernst Jünger, Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Niekisch, Carl Schmitt und Oswald Spengler. Unklar bleibt jedoch, warum gerade jene Ideologievariante des Rechtsextremismus als „neu“ klassifiziert werden soll, die Gedanken aus längst vergangener Zeit – der Weimarer Republik – aufgreift und übernimmt, ohne dabei besonders kreativ zu sein und eigene Akzente zu setzen.

Plausibler wäre es, als „Neue Rechte“ jene Kräfte zu bezeichnen, die durch Benutzung der sog. Neuen Medien viele Jugendliche erreichen und nach Meinung mancher Beobachter auch eine Gefahr eigener Qualität darstellen. Eine solche Typologisierung bliebe freilich rein formal, denn politisch-ideologisch hätte sich wenig geändert. Da sich innerhalb des Rechtsextremismus wie an seinen Rändern gegenwärtig Differenzierungs-, Umorientierungs- und Neuformierungsprozesse abspielen, aber bisher kein Kriterium existiert, nach dem man zwischen Alter und Neuer Rechter unterscheiden kann, sollte die Stellung einer Partei, Organisation oder Person zur Globalisierung, zur Liberalisierung der Märkte oder zur neoliberalen Standortlogik bzw. -politik einen inhaltlichen Differenzpunkt bilden. Als „neurechts“ wären Strömungen im Rechtsextremismus selbst wie auch im politisch-ideologischen Grenzland zwischen diesem und dem Neoliberalismus zu bezeichnen, die Marktradikalismus mit Standortnationalismus kombinieren. Zur „alten Rechten“ würden nur Personen, Organisationen und Positionen zählen, die sich auf den völkischen Nationalismus stützen.



Proteste gegen Sozialabbau, Köln Foto: www.arbeiterfotografie.com

Die beiden Hauptflügel des Rechtsextremismus bieten unterschiedliche Interpretationsmuster zum Verständnis der Gesellschaftsentwicklung an, haben gegensätzliche Haltungen zur Globalisierung und werben um ganz andere (Wähler-)Schichten:

Während sich die marktradikal-modernistische Richtung an „Globalisierungsgewinner“ wendet, denen es zumindest so lange relativ gut geht, wie deutsche (Groß-)Unternehmen hohe Gewinne erzielen, lenkt die traditionell-protektionistische Fraktion des Rechtsextremismus den wachsenden Unmut von der Lage auf dem Arbeitsmarkt oder dem starken Konkurrenzdruck für Handwerker, Einzelhändler/innen und Kleingewerbetreibende frustrierter „Globalisierungsverlierer/innen“ auf ihre Mühlen. Rechtspopulistische Parteien suchen manchmal sogar beide Gruppen gleichermaßen in einem politischen Spagat für sich zu gewinnen, was allerdings auch kontraproduktiv sein sowie zu Glaubwürdigkeitsverlusten in der Öffentlichkeit führen kann.

Während die Alte Rechte auf Traditionsbewusstsein, überkommenen Werten und dem Mythos des Reiches basiert, setzt die Neue Rechte eher auf Innovationsbereitschaft, geistige Mobilität und den Mythos des Marktes. Nicht bloß ihre „antiliberale Grundhaltung“ à la Carl Schmitt, sondern mehr noch ihre wirtschaftsliberale Grundhaltung à la Adam Smith ist für die Neue Rechte kennzeichnend. Typisch für den besagten Umschwung war ein wirtschafts- und sozialpolitischer Paradigmawechsel, der Protektionismus durch Marktradikalismus bzw. Freihandel, die Zentralisierung der Staatsmacht durch Privatisierung bzw. Entbürokratisierung und die „Volks-“ durch die „Standortgemeinschaft“ ersetzt. Die Neue Rechte ist heute nicht mehr einer völkischen Blut-und-Boden-Romantik verhaftet, sondern viel stärker markt-, wettbewerbs- und leistungsorientiert. Pointiert formuliert: Statt fremder Länder will sie neue Absatzmärkte erobern.

Mit unterschiedlichen, wenn nicht gegensätzlichen Positionen zu Marktwirtschaft, Privatisierung und Deregulierung hat sich eine neue Scheidelinie zwischen den Fraktionen im ultrarechten Lager herausgebildet. Insofern gibt die Zweiteilung des Nationalismus, seine Ausdifferenzierung in einen völkisch-traditionalistischen und einen modernistischen bzw. Standortnationalismus ein geeignetes Klassifikationsraster zur Unterscheidung zwischen der Alten und der Neuen Rechten ab.

Ohne „den nach wie vor zentralen Stellenwert des völkischen Nationalismus für die Neue Rechte“ zu leugnen, wie Friedemann Schmidt unterstellt, ist zu berücksichtigen, dass sich die neoliberale Standortlogik damit amalgamiert und heute vor allem bei Wirtschaftseliten auf viel größere Akzeptanz trifft als manche traditionelle Ideologieelemente. Standortnationalismus lädt sich jedoch im wiedervereinten Deutschland mit sei-

ner historischen Belastung durch die NS-Vergangenheit immer noch völkisch auf.

Der traditionelle Rechtsextremismus war ein Befürworter der ökonomischen Staatsintervention und sozialer Prozesssteuerung. Paternalismus, Protektionismus und (Sozial-)Patriotismus prägten seine Wirtschafts- bzw. Gesellschaftspolitik. Gefahr droht allerdings weniger von einer Wiederbelebung völkischer Mystik durch Neonazis, die sich auf dem Obersalzberg treffen, zum Kyffhäuser pilgern oder alljährlich ins oberfränkische Wunsiedel wallfahrten, wo der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß begraben liegt, als von einer modernistischen Fraktion, die das Konzept der „Standortsicherung“ zuspitzt und dafür die Unterstützung mächtiger Wirtschaftskreise erwartet.

Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?

Der modernisierte Rechtsextremismus/-populismus hat mit dem „alten“ Faschismus zwar viele Grundprinzipien gemein, ist jedoch ohne Bezug auf die Parolen des Neoliberalismus schwerlich vorstellbar. Die rechte Wertetrias, so scheint es, bilden nicht mehr „Führer, Volk und Vaterland“, sondern Markt, Leistung und Konkurrenzfähigkeit (des Industriestandortes): Privatisierung sozialer Risiken, öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen, Deregulierung des Arbeitsmarktes und Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse bilden jene Zauberformel, mit der man die Zukunft des „Standortes D“ sichern will. Das altbacken klingende Wort „Volk“ braucht die Neue Rechte gar nicht mehr, um ihre Politik, Programmatik und Praxis zu begründen, zumal es immer schon eine Legitimationsbasis für die Machtansprüche elitärer, sich überlegen dünkender Minderheiten bildete.

Obwohl ihr weiterhin das Image der „Ewiggestrigen“ und der „Unbelehrbaren“ anhaftet, versucht die Neue Rechte, sich „an die Spitze des Fortschritts“ zu setzen, was deshalb möglich erscheint, weil sie im Unterschied zu den etablierten Parteien selbst die verheerendsten „Kollateralschäden“ von Marktradikalismus und Wettbewerbswahn nicht scheut, sondern die Devise „Noch mehr Markt, aber weniger Demokratie wagen!“ ausgibt.

Zwar verfügt die Neue Rechte nicht über die Staatsmacht, aber sie beeinflusst die politische Kultur der Bundesrepublik, indem sie den öffentlichen Diskurs zu dominieren, Themen zu bestimmen und Begriffe umzudeuten sucht. Wie die „alte“ wendet sich die Neue Rechte sozioökonomischen Fragen zu, die im Zeichen der Globalisierung tendenziell an Bedeutung gewinnen. „Wirtschaft und Soziales sind inzwischen das zentrale Politikfeld geworden, auf das sich programmatische Bemühungen und Agitationskampagnen fast der gesamten rechtsextremen Szene konzentrieren.“ Die Neue Rechte verbindet unter Bezugnahme auf negative Folgewirkungen der Globalisierung die soziale mit der „Ausländerfrage“. Dadurch gewinnt sie leichter Anschluss an die neoliberale Sozialstaatskritik und hegemoniale Diskurse, was eine historisch bedeutsame Veränderung im rechten Lager darstellt.

Die politisch-ideologischen Übergänge zwischen Neoliberalismus und Neuer Rechter sind fließend, etwa im Hinblick auf die Wohlfahrtsstaatskritik. Das beweisen Buchautoren wie Roland Baader oder Alfred Zänker, die als Grenzgänger fungieren, zumal ihnen neurechte Publikationsorgane offen stehen. „Neurechte Autoren nehmen das neoliberale Freiheitsverständnis auf, um es in Anlehnung an die neoliberale Kritik am Sozialstaat polarisierend gegen das Gleichheitsprinzip auszuspielen.“ Gerd Wiegel sieht die Geistesverwandtschaft zwischen der Neuen Rechten sowie den politischen Machthabern und den etablierten Parteien in einer Relativierung bzw. Auflösung des Sozialen. Er weist darauf hin, „dass auch in der Mitte die Antworten auf die soziale Frage nur noch aus Elementen rechter Ideologie bestehen, dass also die Vorstellung der prinzipiellen und anthropologisch begründeten Ungleichheit an die Stelle von Solidarität, Emanzipation und Gleichheit getreten ist.“

Die parlamentarische Demokratie ist keineswegs, wie oft behauptet, ein politischer Verwandter der kapitalistischen Marktwirtschaft, vielmehr akut bedroht, wenn sie mächtigen Wirtschaftsinteressen im Wege steht. Neokonservative und Standortnationalisten träumen von einem „schlanken“, aber nichtsdestoweniger schlagkräftigen Staat. Während man die Sozialfunktionen des Staates stutzen und Wohlfahrtsleistungen für Bedürftige stornieren will, sollen seine Repressionsapparate (Polizei, Justiz und Geheimdienste) gestärkt werden.

Wer die Ökonomie verabsolutiert, negiert im Grunde die Politik und die repräsentative Demokratie, weil sie Mehrheitsentscheidungen zum Fixpunkt gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse macht und nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln.

Selbst das Grundgesetz der Bundesrepublik ist Neoliberalen ein Dorn im Auge, gilt es doch, sein Sozialstaatsgebot außer Kraft zu setzen und dem Markt nicht nur Vor-, sondern auch Verfassungsrang einzuräumen. Dabei stören demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, die meistens (zu) lange dauern, Prinzipien wie die Gewaltenteilung und föderale Strukturen, weil sie Macht beschränken, sowie der Konsenszwang eines Parteienstaates. ■

Bundesarbeitsgemeinschaft zur Demokratieentwicklung gegründet

Als ein Zweckbündnis für Demokratieentwicklung entstand am 8. Juni 2006 in Berlin eine Bundesarbeitsgemeinschaft (BAGD). Mehrere nichtstaatliche und parteiunabhängige Organisationen, Initiativen und Vereine schlossen sich zusammen, um für eine Politik der partizipativen Demokratie mit menschenrechtlichen Standards, die Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus als erhebliche Gefährdung von Demokratie versteht, zu werben. Sie sprechen sich dafür aus, Maßnahmen gegen Rechtsextremismus als Investition in die demokratische Kultur Deutschlands zu verstehen. Ein zentrales Anliegen ist es daher, dem befürchteten Kompetenzverlust im Rahmen des ab 2007 neu geplanten Bundesförderprogramms entgegenzuwirken, indem die Opferberatungsstellen, die Mobilen Beratungsstellen und die Netzwerkstellen als dauerhafte Instrumente für Demokratieentwicklung verankert werden.

Zu den Gründerorganisationen gehören Opferperspektive Brandenburg e.V., RAA Berlin e.V., Verein für demokratische Kultur e.V., Kulturbüro Sachsen e.V., Amadeu Antonio Stiftung, Mobiles Beratungsteam Thüringen (MOBIT) und die Opferberatung der RAA Sachsen e.V. Die BAGD wird durch einen SprecherInnenrat vertreten, dem Grit Hanneforth, Roman Ronneberg, Britta Kollberg, Anetta Kahane, Grit Armonies, Andreas Stäbe, Matthias Müller, Brigitte Moritz, Dominique John und Bianca Klose angehören.

In die gleiche Richtung zielt ein weiteres Projekt, das ebenfalls und nicht zufällig in Schwerin auf die Reise geschickt wurde. Nach längerer Vorbereitungszeit fiel der Startschuss für „mehr Unternehmerengagement gegen rechte Alltagskultur“. Dazu hat sich der Leipziger Gas-Großhändler Verbundnetz AG verpflichtet. Das neue „Verbundnetz für Demokratie und Toleranz“ beginnt die Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern und soll 2007 auch über die anderen neuen Bundesländer gespannt werden. Die Federführung liegt beim Zentrum für Demokratische Kultur Berlin (ZDK). Die Gasverbundnetz AG schießt eine fünfstellige Summe zu. Wichtig ist vor allem, dass die Verbundnetz AG helfen will, ihre „Kunden“ mit ins Boot zu nehmen, d.h. also kommunale Stadtwerke und viele Bürgermeister. Mit ihnen soll lokale, praxisbezogene Demokratiebewusstseinsförderung in Gang gesetzt werden. Verbundnetz AG hofft auf entsprechende Nachahmer in der Wirtschaft. Geschaltet wurde inzwischen eine neue Website der AG mit dem Titel „verbundnetz-fuer-demokratie-und-toleranz.de“.

Newsletter AG Rechtsextremismus/ Antifaschismus der Linkspartei. PDS ■

Internationale Koalition gegen die Inhaftierung von Flüchtlingen gegründet

BERLIN. Auch weltweit verstärkt der Jesuiten-Flüchtlingsdienst jetzt seinen Einsatz für Menschen in der Abschiebehaft. Zum heutigen Weltflüchtlingstag hat der JRS eine „Internationale Koalition gegen die Inhaftierung von Flüchtlingen" gegründet. Ihr gehören über 100 Mitglieder in 36 Ländern weltweit an. Mit dieser Koalition will der JRS auf die Situation von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten und nicht zuletzt von Menschen in der Abschiebehaft verstärkt aufmerksam machen. Regierungspolitiker werden aufgefordert, sich für einen besseren Schutz der Inhaftierten und einen größeren Respekt vor den Menschenrechten einzusetzen. Abschiebehaft dürfe nur als letztes Mittel angeordnet, stattdessen müsse immer zuerst nach Alternativen zur Haft gesucht werden.

Die Koalition bringt eine Vielzahl führender internationaler NGOs mit dem Ziel einer Verbesserung der Situation von Abschiebehäftlingen zusammen: von Amnesty International, Human Rights First, Human Rights Watch über den Jesuiten-Flüchtlingsdienst, dem Lutherischen Immigrations- und Flüchtlingsservice, die Vereinigung der Frauen für Flüchtlingsfrauen und -kinder bis hin zum Weltkirchenrat und eine Anzahl nationaler NGOs.

Erst im Mai 2006 hatte in Berlin der Aktionskreis Abschiebungshaft, bestehend aus 12 namhaften Organisationen und kirchlichen Stellen, unter Federführung des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes sein aktuelles Positionspapier zur Situation in der Abschiebungshaft verabschiedet. Darin setzt sich dieser kritisch mit dem Instrument des Abschiebegewahrsams und den noch immer verbesserungswürdigen Bedingungen in der Haft auseinander, fordert u.a. kürzere Verweildauern, die Gewährleistung von juristischem Beistand einschließlich eines fairen und transparenten juristischen Verfahrens, ferner einen besseren Schutz von Minderjährigen, Schwangeren und psychisch oder physisch Kranken und die Gewährleistung unabhängiger Ärzte und Dolmetscher.

Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst / stefan.kessler@jrs.net ■

Abschiebepause geht leider vorüber

STUTTGART. Die Welt ist noch bis 9. Juli „zu Gast bei Freunden". Deutschland zeigt sich von seiner besten Seite und führt anscheinend während der ganzen FIFA-WM keine Massenabschiebungen ab Düsseldorf oder Baden-Airport in den Kosovo durch. Leider ist zu befürchten, dass anschließend alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um diese Ausfälle zu „kompensieren".

Was Rückführungen in den Kosovo betrifft, wird vermutlich auch ein neues Papier des UNHCR, wonach ethnische Minderheiten im Kosovo weiterhin unter Gewalttaten zu leiden hätten, die Regierenden nicht sonderlich beeindrucken. Nicht viel besser ergeht es Roma, die nach Serbien abgeschoben werden, wie aus einem Papier aus Konstanz hervorgeht. Umso erfreulicher ist auf der anderen Seite, dass bereits mindestens zwei Städte in Baden-Württemberg Resolutionen für ein Bleiberecht von Minderheiten aus dem Kosovo, die seit vielen Jahren hier leben, verabschiedet haben bzw. in Kürze verabschieden werden.

aus dem E-Mail-Rundbrief des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg ■

Fragwürdiger Umgang mit Wertgutscheinen

CELLE. Geschäfte zahlen Restbeträge nicht an Asylbewerber aus, die Lebensmittel nur auf Gutschein kaufen können. Eine Praxis, die von den Celler Grünen wiederholt kritisiert wurde. Jetzt will die Stadtrats-Fraktion der Partei einen neuen Antrag auf den Weg bringen, um zu erreichen, dass die Unternehmen dieses Geschäftsgebaren einstellen. Kopfrechnen muss man können, wenn man als Asylbewerber bei Wal-Mart in Celle einkaufen geht: Denn wer die Preise für Lebensmittel nicht punktgenau zusammenaddiert, so dass eine runde Summe herauskommt, hat das Nachsehen – Restbeträge werden nicht ausbezahlt.

Dies habe „systemtechnische Gründe", so die zuständige Mitarbeiterin der Celler Wal-Mart-Filiale, die sich auf eine Absprache mit der Stadt Celle beruft. Danach sei vereinbart worden, dass „bongenau" mit den Asylbewerbern abgerechnet werde: Wer also für acht Euro einkauft und mit einem Zehn-Euro-Gutschein bezahlt, macht einen Verlust in Höhe von zwei Euro – eine Summe, die nach Angaben der Wal-Mart-Mitarbeiterin der Stadt Celle gutgeschrieben wird.

„Von solchen Sonderabsprachen weiß ich nichts", sagt Kerstin Oehl, zuständig für die Rechnungsstelle des Fachbereichs Bildung, Jugend und Soziales der Stadt Celle. Es sei im Gegenteil eher so, dass die Stadtverwaltung im vergangenen Jahr sieben große Unternehmen angeschrieben habe, um daran zu erinnern, dass Wechselgeld in Höhe von bis zu zehn Prozent des Gutscheinwertes ausgezahlt werden dürfe. Ein entsprechender Hinweis ist zudem auf jedem Gutschein abgedruckt. Eine Kontrolle darüber, wie diese Vorgabe von den Unternehmen umgesetzt wird, gäbe es nicht, so Kerstin Oehl. „Zudem liegen uns keine Beschwerden von Asylbewerbern vor."

Angesichts der geringen Finanzmittel, mit denen Flüchtlinge auskommen müssen, schlagen nicht ausbezahlte Restbeträge von nur wenigen Cent schnell negativ zu Buche: Der Regelsatz für einen erwachsenen Flüchtling liegt derzeit bei 158,50 Euro in Wertgutscheinen, hinzu kommt ein Taschengeld von 40,90 Euro in bar. „Natürlich wäre es weniger umständlich, den Flüchtlingen das Geld vollständig in bar auszubezahlen", sagt Kerstin Oehl. Allerdings ließen die gesetzlichen Vorgaben des Landes Niedersachsen der Stadt in dieser Hinsicht keinen Handlungsspielraum. Dieses Verfahren zu ändern, fordern die Grünen schon lange: So hat die Celler Landtagsabgeordnete Georgia Langhans sich bereits im Jahr 2003 dafür eingesetzt, dass Kommunen selbst entscheiden dürfen, ob sie Asylbewerbern Gutscheine oder Bargeld aushändigen. Im jetzt formulierten Antrag fordert die Stadtratsfraktion der Partei die Verwaltung zum wiederholten Mal auf, Unternehmen wie Wal-Mart zur Änderung ihrer Geschäftspraxis anzuhalten.

Quelle: arbeitskreis asyl goettingen /Nds. Flüchtlingsrat ■

Bundesregierung will Flüchtlinge loswerden

BERLIN. Die Bundesregierung entzieht Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten ihren Status und plant weitere gesetzliche Verschlechterungen des Flüchtlingsschutzes. Der Bundesregierung scheinen Flüchtlinge daher zunehmend unerwünscht, kritisierten amnesty international (ai) und PRO ASYL anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20.6. Vertreter beider Organisationen verwiesen bei dem 6. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz darauf, dass die Bundesregierung die – wegen der Umsetzung von EU-Richtlinien notwendige – Änderung des Zuwanderungsgesetzes nutzt, um etwa das Alter für den Familiennachzug bei Flüchtlingen von 18 auf 21 Jahre heraufzusetzen. Außerdem sollen nachziehende Ehepartner vor der Einreise Deutsch lernen und entsprechende Kenntnisse nachweisen müssen. „Dies ist absurd", sagte Julia Duchrow, ai-Flüchtlingsreferentin. „Wie soll die mittellose Ehefrau eines tschetschenischen Flüchtlings im zerstörten Grosny Deutsch lernen? Hinzu kommt: Der Vorschlag verstößt gegen Europarecht."

ai und PRO ASYL kritisieren entschieden die Praxis des Bundesamtes für

Migration und Flucht (BAMF), Flüchtlingen aus Afghanistan, dem Irak und Angehörigen von Minderheiten aus dem Kosovo den Flüchtlingsstatus zu entziehen, obwohl sie nicht abgeschoben werden können. „Damit verlieren diese Menschen soziale Sicherheiten wie etwa ihren Arbeitsplatz“, sagte Bernd Mesovic, rechtspolitischer Referent von PRO ASYL. „Mit dieser Desintegrationspolitik signalisiert die Regierung: Verschwindet aus Deutschland – auch wenn wir euch im Moment nicht abschieben können.“

Selbst wenn sich die politische Situation in diesen Ländern geändert hat – die Sicherheitslage für die betroffenen Flüchtlinge hat sich keineswegs verbessert. „Daher sind Abschiebungen von Flüchtlingen nach Afghanistan oder in den Irak nicht zu verantworten“, sagte Duchrow. „Auch in den Kosovo dürfen Minderheitenangehörige oder traumatisierte Flüchtlinge nicht abgeschoben werden.“ ai und PRO ASYL fordern ein Bleiberecht für langjährig Geduldete. In Deutschland leben fast 200.000 Menschen mit einer Duldung, 130.000 davon seit mehr als fünf Jahren. „Diese Menschen leben in ständiger Angst vor der Abschiebung und dem folgenden Sturz ins Nichts“, sagte Mesovic. „Duldung bedeutet ein Leben ohne Perspektive. Wir fordern daher eine Bleiberechtsregelung und einen Abschiebestopp, bis eine solche Regelung in Kraft tritt.“



Quelle: ai-Pressestelle /PRO ASYL ■

Frankreich:

Widerstände gegen Abschiebungen und gegen das neue Ausländergesetz

Nicht alle Nachfahren von Migranten sind so populär und beliebt wie die Torschützen der französischen Mannschaft (rote Karte für Zinedine Zidane hin oder her). Die Pariser Regierung ist bestrebt, möglichst schnell viele Jugendliche und Kinder ohne gültige Aufenthaltspapiere los zu werden. Allerdings stößt sie bei ihrem Versuch, dies während der Sommerferien zu tun, auf großen gesellschaftlichen Widerstand. Und das nicht nur bei denjenigen, die sich seit Jahren der Solidarität mit den Sans Papiers (Papierlosen) und anderen Rechtlosen der Gesellschaft verpflichtet fühlen. Zu unangenehm ist für viele Französinnen und Franzosen die Vorstellung, dass die Ferien für Schüler, die dieselbe Klasse wie die eigenen Sprösslinge besuchen und die man persönlich kennt, zu einer Zeit des Versteckens und Abtauchens werden.

In Frankreich gilt das allgemeine, laizistische und kostenlose Schulsystem als ein Grundpfeiler der Republik. Allen Minderjährigen ist das Recht auf Bildung garantiert, deswegen dürfen Kriterien wie ein legaler Aufenthaltsstatus für unter 18-Jährige auch nicht zur Bedingung eines Schulbesuchs gemacht werden. Die Zahl der Schüler an öffentlichen Schulen, die meist zusammen mit ihren Eltern illegal in Frankreich leben, wird derzeit auf 10 000 bis 50 000 geschätzt. Ihnen gilt die Anteilnahme eines bedeutenden Teils der Öffentlichkeit. Sicherlich wäre das Mitgefühl nicht ganz so weit verbreitet, handelte es sich bei den Betroffenen nicht um bedrohte Kinder. Die teils politisch, teils eher humanitär und christlich geprägte Kampagne gegen die rigiden Ausländergesetze hält seit Monaten an. Es hat also nichts mit der kurzfristigen Begeisterung für ‚La France black-blanc-beur‘ (das Frankreich der Schwarzen, Weißen und Arabischstämmigen) wegen der Erfolge der Fußballmannschaft zu tun, wenn Lehrer, Eltern, Mitschüler und unterschiedliche Organisationen gegen die drohende Abschiebung von Kindern und Jugendlichen protestieren.

Viele Aktivisten, darunter etliche Prominente, unterschrieben Petitionen, mit denen sie sich verpflichten, im Notfall Kinder zu verstecken, einige Minderjährige sind bereits bei Helfern untergetaucht.

Das Netzwerk Bildung ohne Grenzen oder RESF (Réseau éducation sans frontières), das es seit ungefähr zwei Jahren gibt, hat von Anfang an dabei geholfen, Kinder und Jugendliche, die von der Abschiebung bedroht sind, zu verstecken. Oftmals kamen sie bei ihren eigenen Lehrern zu Hause unter, die von den Mitgliedern des Netzwerkes Rechtsberatung und Unterstützung erhielten.

Innenminister Nicolas Sarkozy hatte im Oktober infolge der öffentlichkeitswirksamen Proteste den Illegalisierten einen Aufschub gewährt: Eingeschulte Kinder und Jugendliche sollten noch bis Ende des Schuljahres 2005/06 dem Unterricht beiwohnen dürfen und erst dann abgeschoben werden. Durch den Aufschub konnte er kurzfristig den öffentlichen Druck in der Frage der drohenden Abschiebungen mindern. Zudem hatte er wohl gehofft, dass während der Sommerferien mit erheblich geringerem Widerstand zu rechnen sei und er sein Ziel, die Ausreise der aufgespürten Familien ohne Papiere zu erzwingen, ohne großes Aufsehen erreichen würde.

Doch die Proteste gegen die Abschiebungen von Minderjährigen hielten an. In der ersten Juniwoche machte Innenminister Sarkozy, der zugleich der (bereits seit November 2003 selbst ernannte) Präsidentschaftskandidat der französischen Konservativen ist, dann ein neues, äußerst begrenztes Zugeständnis, das er am 6. Juni 2006 in der Nationalversammlung verkündete: Nicht abgeschoben werden sollen Kinder und Jugendliche mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Frankreich geboren sind (mit 18 also automatisch französische Staatsbürger werden würden) und keine andere Sprache als Französisch beherrschen bzw. zu Hause praktizieren. Wie das nun überprüft werden soll, blieb reichlich unklar. Sarkozy behauptete, nach seinen Informationen betreffe der gewährte Abschiebeschutz 720 Familien.

Gesicherte französische Sprachkenntnisse gelten als Garantie für die Integration, gleichzeitig entspricht diese Vorgehensweise der Logik des Untersuchungsberichts über „Kriminalitätsrisiken“, den der Abgeordnete Jacques-Alain Benisti im November 2004 Sarkozy vorlegte. Demnach steigt das Risiko von »abweichendem Verhalten« und Straffälligkeit, wenn die Jugendlichen im Elternhaus neben Französisch noch eine weitere Sprache sprechen – könnten sie doch dann auf dem Schulhof in einem Geheimcode untereinander kommunizieren, nämlich in ihrer Muttersprache, und so ungestraft Schandtaten gegen ihre Lehrer oder Mitschüler verabreden... (Die rechtsextreme Wochenzeitung ‚National Hebdo‘, die zu

40 % im Eigenbesitz des Front National steht, zollte diesem „Rapport Benisti" in ihrer Ausgabe vom 16. Februar 2005 unzweideutigen Applaus.)

Am 13. Juni 2006 gab Sarkozy dann schließlich eine Dienstanweisung an die Ausländer- und Polizeibehörden heraus, die die Kriterien zur Abschiebung etwas großzügiger fasst, als eine Woche vorher angekündigt. Statt ausschließlich für Kinder und Jugendliche, die in Frankreich geboren worden sind, soll der Abschiebeschutz jetzt auch zusätzlich für solche Minderjährige gelten, die vor dem 13. Lebensjahr eingereist sind. Voraussetzung dafür soll aber sein, dass ihre Eltern seit mindestens zwei Jahren in Frankreich leben, dass die Kinder seit mindestens einem Schuljahr eingeschult sind und die französische Sprache beherrschen. Hinzu kommt das schwammig formulierte Kriterium vom „Willen der Familie zur Integration" und von der „starken Verbundenheit" mit Frankreich. Über die Einhaltung dieses Kriteriums soll der Rechtsanwalt Arno Klarsfeld, der Sohn von Beate und Serge Klarsfeld, als von Sarkozy eingesetzter Vermittler wachen.

Deutliche Worte fand Klarsfeld, der sich bereits dazu bekannt hat, bei der nächsten Wahl für Sarkozy stimmen zu wollen, als er eine Äußerung der Schriftstellerin Marie Desplechin zurückwies, in der sie indirekt einen Vergleich zwischen den geplanten Abschiebungen von Minderjährigen aus Frankreich mit der Deportation jüdischer Kinder gezogen hatte. (Die Autorin hatte geäußert, dass man aus der Geschichte gelernt haben sollte, zu protestieren, wenn die eigenen Nachbarn abgeholt werden. Dahinter stand zweifellos eine gute Absicht, dennoch ist es tatsächlich kritikwürdig, auf diese Weise den Unterschied zwischen einer Abschiebung in ein anderes Land und der Deportation in ein Vernichtungslager zu verwischen.) Die linksliberale Wochen- und Satirezeitung ‚Charlie Hebdo' schrieb dazu, die Solidaritätsbewegung brauche „keine zweifelhaften Vergleiche, um festzustellen, dass sich Arno Klarsfeld, der sich hoch moralisch gibt, die Logik der Institutionalisierung einer willkürlichen Auswahl" zwischen Menschen zu eigen mache.

Weitaus weniger deutlich äußerte sich Arno Klarsfeld, als es darum ging, die Kriterien zum Schutz vor einer Abschiebung auszulegen. „Es wird Abschiebungen geben", stellte er aber vorsorglich klar. Die Familien von Kindern und Jugendlichen ohne gültige Aufenthaltspapiere haben nunmehr noch bis zum 13. August hin Zeit, einen Antrag auf „Legalisierung" ihres Status zu stellen. In Paris war der Andrang in den allerersten Tagen am größten, und der Gang zur Ausländerbehörde (Polizeipräfektur) wurde zum Teil kollektiv, zusammen mit den Unterstützergruppen, am 5. Juli durchgeführt. Dabei wurden in der Hauptstadt nach amtlichen Angaben bisher 2.300 Anträge verzeichnet.

Neues Einwanderungsgesetz definitiv verabschiedet. Aber die Protestbewegung lässt nicht locker...

Unerwünschte Einwanderer haben ansonsten unter Innenminister Sarkozy generell nicht viel zu lachen. Neu an seiner Politik gegenüber jener seiner konservativen Amtsvorgänger ist unterdessen, dass Nicolas Sarkozy erstmals positiv definiert, wer erwünscht ist – und wer nicht. Der frühere nationalkonservative Innenminister Charles Pasqua etwa hatte in einer martialischen Rhetorik von Zéro immigration (Null Zuwanderung) gesprochen. Aber zugleich konnte er nicht verhindern, dass Menschen das durch Gesetze und internationale Abkommen garantierte Recht auf Familienzusammenführung wahrnehmen, das es Familienangehörigen legal in Frankreich lebender Zuwanderer erlaubte, sich im Land niederzulassen. Die extreme Rechte verstand es, diesen Widerspruch zwischen dem offiziellen Anspruch und einer Praxis, die unter rechtsstaatlichen Bedingungen kaum eingeschränkt werden konnte, auszubeuten.



Demonstration in Paris am 1. Juli, Foto Lutte Ouvriere

Anders das Herangehen Sarkozys. L'immigration subie und l'immigration choisie („erlittene" und „ausgewählte Zuwanderung") lauten die beiden Schlüsselbegriffe seines neuen Gesetzes über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern, das am 17. Mai in der Nationalversammlung und in der Nacht vom 16. auf den 17. Juni auch im Senat – also der zweiten Kammer des französischen Parlaments – angenommen worden ist. Am Mittwoch, 21. Juni hat nunmehr auch der Vermittlungsausschuss beider Kammern dem Gesetzentwurf zugestimmt, nachdem es noch kleinere inhaltliche Unterschiede zwischen den von der ersten und der zweiten Kammer angenommenen Entwürfen gegeben hatte. Damit kann der Entwurf nunmehr alsbald Gesetz werden und, im Laufe des Juli, in Kraft treten.

„Erlitten", das bedeutet, dass Frankreich die Anwesenheit unerwünschter oder „unnützer" Ausländer hinnehmen muss. „Ausgewählt" dagegen darf sich nennen, wer Frankreich in Zeiten des Arbeitskräftemangels in bestimmten Sektoren – wie dem Pflegebereich oder den extremen Niedriglohnbereichen – und der Neuzusammensetzung des Arbeitskräftereservoirs eine besondere Kapazität anzubieten hat. Die zugrunde liegende Philosophie ist exakt dieselbe wie jene des Entwurfs für ein eidgenössisches „Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer", über den am 24. September dieses Jahres in der Schweiz abgestimmt wird, und in dessen Artikel 23 es heißt: „(...) Aufenthaltsbewilligungen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit können nur Führungskräften, Spezialistinnen und Spezialisten und anderen qualifizierten Arbeitskräften erteilt werden". In Nicolas Sarkozys Gesetz, das mutmaßlich im Juli in Kraft treten kann, lautet die Zauberformel dafür ‚Compétences et talents'.

Dem französischen Wahlvolk bietet Nicolas Sarkozy vor diesem Hintergrund einen Deal an. Dessen Geschäftsgrundlage lautet: Im oberen Bereich öffnen wir den Arbeitsmarkt – dafür machen wir ihn im unteren Feld, wo die Qualifikationen und Löhne gering ausfallen, noch dichter als bisher für ausländische Personen. Namentlich, indem wir die Zuwanderung von Familienangehörigen erschweren und Asylbewerber abschrecken.

Die Bedingungen für ein Asylgesuch wurden schon vor einem halben Jahr drastisch verschärft: Untersucht werden nur noch Anträge, die binnen drei Wochen nach Einreise mit einer ausführlichen Begründung in Französisch formuliert werden. Die Fristen für den Familiennachzug werden verlängert, von einem auf anderthalb Jahre nach Begründung des legalen Aufenthalts eines Angehörigen. Vor allem wird die Familienzusammenführung unter zusätzliche verschärfte Bedingungen – Wohnraum, Wohnort (Innenstadt oder Banlieue bzw. ‚Ghetto'), und damit zusammenhängend die „Integration" in die Gesellschaft – gestellt, die durch den jeweiligen Bürgermeister ausgelegt werden können. Selbst mit französischen StaatsbürgerInnen verheirateten AusländerInnen wollte Minister Sarkozy kein Aufenthaltsrecht in Frankreich mehr garantieren: Nach Ab-

lauf ihres Aufenthaltstitels sollten die verheirateten Personen wieder in ihr Herkunftsland zurückgehen und dort ein Langzeitvisum beantragen, welches das französische Konsulat ebenso gut verweigern wie gewähren kann. Das war dann aber dem Senat zu viel, wo ein Teil der Bürgerlichen – vor allem die christdemokratische UDF – sich mit den Linksparteien verbündete, um dies zu entschärfen. Nun wird von den Betroffenen „nur noch“ verlangt, dass sie ursprünglich einmal legal nach Frankreich eingereist sind, und dass sie sechs Monate nach Eheschließung warten, bevor sie eine Aufenthaltserlaubnis beantragen. Nach nunmehr drei Jahren – früher waren es einmal sechs Monate, danach hatten die Konservativen die Frist auf zuletzt zwei Jahre angehoben – sollen sie die französische Staatsbürgerschaft beantragen können. Gewährt wird ihnen die aber nur, wenn sie wiederum den famosen Integrationsnachweis erbringen. Früher war ihr Erwerb einmal automatisch gewesen.

Selbstredend wird sich die Situation für Lohnempfänger auf dem Arbeitsmarkt nicht dadurch verbessern, dass dessen „unterer“ Bereich noch mehr als bisher vor Zuwanderern abgeschirmt werden soll. Die meisten französischen Gewerkschaften – von denen einige noch in den 80er Jahren selbst die Abschottung des nationalen Arbeitsmarktes forderten – haben das längst begriffen. Als die konservative Regierung im März beschloss, ab dem 1. Mai 2006 den französischen Arbeitsmarkt nur selektiv für die Bürger der acht osteuropäischen EU-Beitrittsländer zu öffnen – nur in Sektoren, wo Arbeitskräftemangel herrscht – und ansonsten die „Ausnahmebedingungen“ gegen die EU-Freizügigkeitsregel aufrecht zu erhalten, protestierten fast alle Gewerkschaften. Allein die christliche und eher rechte CFTC befürwortete die Haltung der Regierung. Alle anderen Organisationen stellten klar, nicht die Anwesenheit ausländischer Lohnempfänger sei das Problem, sondern das Verhalten der Unternehmen. Letztere müssten deshalb zur Einhaltung allgemeiner Mindestbedingungen für alle Arbeitenden, etwa bei den Löhnen, gezwungen werden.

Proteste gibt es auch gegen das neue Ausländergesetz von Nicolas Sarkozy. Dem „Bündnis gegen eine Wegwerf-Zuwanderung“ (Unis contre une immigration jetable) gehören über 600 Vereinigungen an. Am 13. Mai demonstrierten 20.000 bis 30.000 Menschen in Paris gegen den Entwurf. Das war die größte Protest- und Solidaritätsdemonstration zu einem Thema der „Ausländerpolitik“ seit 1997 in Frankreich. Am zweiten Juniwochenende demonstrierten am Samstag (10. Juni) erneut rund 5.000 Menschen in der französischen Hauptstadt, und am Sonntag nahmen mehrere hundert an einem „Protest-Picknick“ in brütender Hitze teil. Am 1. Juli fand eine erneute starke Mobilisierung zum Thema statt, rund 20.000 Personen demonstrierten in Paris.

Zwei Petitionen, die eine gegen das neue Ausländergesetz von Sarkozy (derzeit 90.500 Unterschriften) und das andere zur Unterstützung des Netzwerks „Erziehung ohne Grenzen“ (über 87.000 Unterschriften), verleihen dem Protest ebenfalls Ausdruck und fanden breite Unterstützung.

Die größte Oppositionspartei, die französischen Sozialisten, möchte sich hingegen nur ungern festlegen, um nicht unter Druck von rechts geraten zu können. Ihre Parlamentsfraktion stimmte zwar gegen die Verschärfungen in Sarkozys Entwurf. Aber ihre mutmaßliche Präsidentschaftskandidatin im kommenden Jahr, Ségolène Royal, ließ sich mit einem dringenden Termin entschuldigen und blieb der Abstimmung fern. 14 weitere Parteikollegen fehlten, zwei stimmten gar zusammen mit der Rechten.

Bernhard Schmid, Paris ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Bereits am 31. Mai lud das österreichische Parlament zu einem großen Festakt zu Ehren der so genannten Heimatvertriebenen ein. Der Festakt fungierte als Abschlussveranstaltung einer Serie von Reisen, die eine Delegation des Parlaments im Jahr 2005 absolviert hatte. Der Delegation gehörten Abgeordnete aller Parlamentsparteien an: Norbert Kapeller (ÖVP), Werner Kummerer (SPÖ), Anton Wattaul (BZÖ), Barbara Rosenkranz (FPÖ) und Terezija Stoistis (Grüne). Reiseziele waren ehemalige Kronländer der eigentlich schon lange verblichenen Donaumonarchie, in denen heute noch deutschsprachige Minderheiten leben: Ungarn, Kroatien, Serbien, die Slowakei, Rumänien, Slowenien und Tschechien.

Die Eröffnungsrede des Festakts hielt kein Geringerer als der Nationalratspräsident persönlich, Andreas Khol, der von einer „historischen Verantwortung“ Österreichs gegenüber den deutschsprachigen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa sprach. Dies war ganz im Sinne Rudolf Reimanns, des Bundesvorsitzenden des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ), der Entsprechung zum deutschen Bund der Vertriebenen (BdV). Reimann hielt bei dem Festakt ebenfalls eine Rede und bekräftigte alte Forderungen seiner Organisation. „Im österreichischen Parlament haben wir klar und deutlich gesagt: ‚Es sollte in der Verfassung verankert sein, dass Österreich eine Verantwortung für die deutschsprachigen Minderheiten hat, die heute noch im Raume der ehemaligen Donaumonarchie leben‘“, gab Reimann zu Protokoll: „Österreich muss hier eine Art ‚Schutzmachtfunktion‘ ausüben.“

Auf dem Festakt, den Personen aus Kroatien, Tschechien, Rumänien, Slowenien und der Slowakei besuchten, wurde schließlich noch eine Grundsatzerklärung veröffentlicht, zu der sich ausnahmslos alle österreichischen Parlamentsparteien bekennen. Darin werden – ganz im Sinne einer österreichischen „Schutzmachtfunktion“ – „Minderheitenrechte autochthoner Volksgruppen“ gefordert, es wird die „Installierung eines Fachreferats für die deutschsprachigen Minderheiten in den ehemaligen Kronländern“ verlangt. Der erste und wichtigste Punkt der Grundsatzerklärung ist aber derjenige, der sich auf die unmittelbaren Wünsche auch der deutschen Umgesiedeltenverbände bezieht: Angemahnt wird darin die „Einrichtung einer internationalen Arbeitsgruppe aus Abgeordneten der Parlamente von Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Serbien, Rumänien, Deutschland und Österreich zur Aufarbeitung offener Fragen“.

jk ■

Junge Freiheit träumt vom nationalen Patriotismus

Junge Freiheit Nr. 28/06, 7. Juli 2006

Unter der Überschrift „Der Traum ist nicht zu Ende“ schreibt der Chefredakteur Dieter Stein, kurz vor dem Ende der WM: „Mittlerweile sind sich alle Kommentatoren einig darüber, daß der patriotische Taumel, der überall im Land herrscht, nicht nur reiner Partylaune entsprungen ist. Es gibt unübersehbare Indizien, die diese nationale Begeisterung zu einem Politikum machen.“

Allein in der Sonntagsausgabe des Kölner Express, am 9. Juli unter der Überschrift „Die ganz Welt umarmt uns“, werden ganz unterschiedliche Meinungen zitiert, z.B. der Telegraaf aus den Niederlanden: „Gründlichkeit und Ordentlichkeit wanderte in den Kühlschrank. Deutschland wurde eine feiernde Nation.“ Günter Grass meinte: „Diese völlig unorganisierte spontane Art, mit den Nationalfarben umzugehen, finde ich sehr überzeugend. Das Fahnenschwenken ist absolut unverkrampft.“

Die Junge Freiheit verschließt auch ihre Augen davor, dass ja sehr viele andere Fahnen geschwungen werden, z.B. die italienische, spanische, portugiesische, ja sogar die türkische, obwohl die Türkei gar nicht im Tunier mitspielt. Die WM ist ein internationales Fest und da kämpft man auch gemeinsam gegen den Rassimus auf der Welt. Zinédine Zidane hat dies zu Beginn des Viertelfinalspieles im Stadion vor zehntausenden Menschen und vor einem Millionen Publikum vor den Leinwänden deutlich gemacht.

Die Hoffnung ist der Vater des Gedankens, wenn Dieter Stein dann schreibt:

„Folgenlos wird diese einmal ausgelebte und von der überwältigenden Mehrheit des Volkes getragene nationale Begeisterung aber nicht bleiben. Die WM 2006 wird mehr sein als das neudeutsche Woodstock-Erlebnis der heutigen Generation. Lehrer werden sich auf ganz veränderte Weise den Fragen von Schülern stellen müssen, die sich mit einer antinational-depressiven Geschichtserzählung nicht weiter abspeisen lassen wollen. Dem patriotischen Gefühl wird die nationale Erkenntnis folgen müssen.“

Am liebsten hätte man wohl gesehen, wenn das ein oder andere mal auch die Reichskriegsflagge geschwenkt worden wäre. Dem war aber nicht so.

Es wird dann immer blöder, wenn das Blatt einen Artikel von Dr. Karheinz Weißmann, unter der Überschrift „Viel mehr als nur ein Logo“ veröffentlicht:

„Am 6. Juni hat Claudia Schiffer in der Deutschen Botschaft in London eine neue Werbekampagne präsentiert. Sie zeigt ein Plakat, darauf sie selbst, lang hingestreckt, nur verhüllt durch eine Fahne in den Farben Schwarz-Rot-Gold, im Hintergrund der Slogan ‚Invest in Germany, boys‘. Das passt zur neupatriotischen Tendenz, die man gegenwärtig beobachten kann, und verknüpft Vaterlandsliebe lässig mit wirtschaftlichen Interessen.“

Die schöne Claudia Schiffer muss jetzt auch schon für die Junge Freiheit herhalten...

Junge Freiheit am Kiosk

Junge Freiheit Nr. 28/06, 7. Juli 2006

Das Blatt wirbt damit, dass es „mittlerweile in etwa 300 Bahnhofsbuchhandlungen, sowie über 1000 weiteren Verkaufsstellen in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu erhalten“ ist.

Das Blatt wurde inzwischen auch außerhalb des deutschsprachigen Raums in Touristengebieten gesehen.

SZ-Redakteur Jens Bisky gibt ein Interview

Junge Freiheit Nr. 27/06, 30. Juni 2006

Die wunderlichsten Personen haben der Jungen Freiheit schon ein Interview gegeben. Redakteure von großen bürgerlichen Zeitungen waren darunter kaum vertreten. Dass Jens Bisky, Sohn des Parteivorsitzenden, der mit der PDS nichts zu tun haben will, beim Süddeutschen Verlag und eventuell dem Chefredakteur der Sübddeutschen Zeitung, Heribert Prantl, nicht Rücksprache gehalten hat, ist da eher unwahrscheinlich. Gehört die Junge Freiheit für den Süddeutschen Verlag zu einer akzeptablen Zeitung?

Das Gegenteil zu beweisen, hat Jens Bisky auf jeden Fall nicht versucht. Er hat dem Blatt zwar nicht nach dem Munde geredet, aber den alten DDR-Patriotismus wieder aus der Schublade gezogen:

„Ich weiß nicht, ob der alte Patriotimus nicht eine Chance hat. Die Nation des 19. Jahrhunderts wird gewiß nicht wiederkehren. Die Deutschen des 21. Jahrhunderts stehen vor der Aufgabe, sich jenes Europa wieder zu erschließen, das ihren Vorfahren noch selbstverständlich war, das Europa etwa Casanovas oder Goethes: von Moskau bis London, von Stockholm bis Neapel. Patriotisch ist es, den Menschen dies zu ermöglichen, indem man sie wieder mit ihrer geistigen Tradition vertraut macht ...

Dank dieser Erfahrung, ist mir heute auch klar, dass ein guter Teil dessen, was wir ‚Rechtsextremismus‘ nennen, viel eher ein Verwahrlosungs- als ein Ideologieproblem ist. In diesem Sinne habe ich mich immer deutscher gefühlt, als Skinhead-Schlägerbanden oder manche Herren von der NPD, die die Nation für ein Gestüt halten.“

Da kann man ja gerade noch schmunzeln. Aber warum Jens Bisky dann wieder den ideologischen Schulterschluss mit der rechtsextremen Jungen Freiheit sucht, bleibt ein Rätsel:

„Weil man in Westdeutschland bis heute nicht verstanden hat, daß man auch in Köln oder München 1989 – wenn auch auf andere Weise – befreit worden ist: befreit aus der absurden provisorischen Existenz der rheinischen Republik. Auch im Westen sind die Besatzungsmächte abgezogen, die staatliche Souveränität kam zurück, der geistige Horizont änderte sich fundamental, weil ein ganzer Erdteil, der vierzig Jahre hinter einer Mauer verborgen war, ins Gesichtsfeld zurückkehrte.“

Dass die DDR einverleibt wurde, würde Jens Bisky bestreiten.

jöd ■